

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 2.- Reichsmark voraus schickbar. Unter Remittent für Deutschland, Böhmen, Czecho- und Rumänien, Lettland, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Siedlung und Kleinrenten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelhefte: Die einseitige Konvention Seite 80 Pfennig. Helles Heft Seite 8.- Reichsmark. 'Wiese Karigen' das festgedruckte Wort 25 Pfennig. Gullfissa zwei festgedruckte Worte. Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeige das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen als zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Wartungen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerschatz Berlin SW 68, Lindenstraße 8, eingegeben werden. Schließt von 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 2. Dezember 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Postfach: Berlin 37 536 - Bankkonto: Post der Arbeiter, Ungehobene und Beamten. Poststr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Postfach 1146 Berlin, K.

Friedensreden in London. Die Feier der Unterzeichnung.

Mit dem gestern in London programmäßig vollzogenen Unterzeichnungsakt hat ein wichtiger Abschnitt der Weltpolitik in der Nachkriegszeit einen würdigen Anfang genommen. Wir sprechen nur eine Selbstverständlichkeit aus, wenn wir deutschen Sozialdemokraten unserer tiefen Genugtuung darüber Ausdruck verleihen, daß die am 9. Februar dieses Jahres durch das Memorandum der Regierung Luthers-Stresemann-Schiele eingeleitete diplomatische Aktion nunmehr konkrete, völkerrechtlich bindende Gestalt erhalten hat. Wir begrüßen dieses Ergebnis einmal wegen der allgemeinen Besserung der außenpolitischen Lage unseres Landes, die es mit sich bringt. Nicht nur wegen der sogenannten Rückwirkungen, die bereits eingetreten sind, und die zweifellos in immer stärkerer Maße den besetzten Gebieten zugute kommen werden, bis es überhaupt keine besetzten Gebiete mehr geben wird; nicht nur wegen der mit dem gestrigen Tage abgeschlossenen Räumung der Kölner Zone, die durch das Zustandekommen der Verträge von Locarno zwar nicht rechtlich erwirkt, aber praktisch erleichtert und beschleunigt wurde, sondern auch wegen der formellen Friedensgarantien, die der Sicherheitspakt und die Schiedsgerichtsverträge allen beteiligten Mächten gewährt und deren psychologische Auswirkung eine fortschreitende geistige Abrüstung der ehemals kriegführenden Völker sein kann, sein muß und sein wird. Und schließlich begrüßen wir das in London ratifizierte Werk von Locarno, weil es auf allen Seiten mit den letzten Hindernissen aufgeräumt hat, die dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde noch im Wege standen.

Überblickt man den außenpolitischen Weg, den das deutsche Volk in den letzten sieben Jahren zurückgelegt hat, von dem militärischen Zusammenbruch des Herbstes 1918 bis zum gestrigen Unterzeichnungsakt, vergleicht man die damalige materielle und geistige Isolierung Deutschlands mit der geachteten Stellung, die es heute wieder in der Welt einnimmt, stellt man die hasserfüllte Rede, mit der Clemenceau das Friedensdiktat den deutschen Delegierten überreichte, den Worten gegenüber, mit denen Chamberlain und auch Briand den Abschluß des Sicherheitspaktes kommentiert haben, dann erst erkennt man den ungeheuren Fortschritt, den die deutsche Republik auf dem Wege ihres Wiederaufstieges erzielt hat.

Damals, am 7. Mai 1919, sagte Clemenceau im Namen von etwa zwei Duzend Staaten: 'Die Stunde der Abrechnung ist gekommen!' Und gestern, am 1. Dezember 1925, erklärte Chamberlain: 'Die Konferenz von Locarno hat zu gleicher Zeit unsere früheren Freundschaften befestigt und die Grundlagen für die Versöhnung mit Deutschland gelegt, eine Versöhnung, von der wir überzeugt sind, daß sie uns in Zukunft einen weiteren Freund sichern wird.'

In diesen beiden Daten und Zitaten liegt das fast greifbare Symbol des deutschen Wiederaufstieges. Leider ist das Gedächtnis breiter Schichten des deutschen Volkes erstaunlich schwach, sonst würden viele Millionen unserer Volksgenossen, die das Werk von Locarno kritisieren oder gar ablehnen, seinen Wert und seine Bedeutung sofort erkennen. Dennoch haben die Abstimmungen im Reichstag bewiesen, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen den Frieden will und den eingeschlagenen Weg zum Frieden als den einzig richtigen billigt. Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich in dieser Stunde mit Stolz zu der Führerrolle, die sie auf dem außenpolitischen Weg der sieben vergangenen Jahre eingenommen hat. Oft gleich dieser Weg einem Golgatha und besonders die Sozialdemokratie hat ihren Bekanntheit mit dem Verlust vieler Anhänger büßen müssen, die, durch deutschnationale oder kommunistische Demagogie aufgepuscht und irreführt, ihr Heil in gedankenlosen Gewaltparolen zu finden wähten. Dadurch aber, daß sich unsere Partei durch keine Schmähdungen von der richtigen Bahn abdrängen ließ und den Mut zur Unpopulartät auch in den kritischsten Stunden aufbrachte, hat sie den stärksten moralischen Sieg errungen, der je einer politischen Partei beschieden war: sie hat ihre gefährlichsten Gegner gezwungen, den von ihr eingeschlagenen Kurs fortzusetzen. Die deutschnationalen haben zwar im Reichstag gegen Locarno gestimmt. Aber diese Tatsache ist für die Geschichte des Sicherheitspaktes völlig belanglos. Entscheidend und nicht aus der Welt zu schaffen ist dagegen die Tatsache, daß das Memorandum vom 9. Februar von der Regierung Luthers-Stresemann-Schiele ausging, daß die Antwortnote vom 20. Juli von der gesamten Rechtskoalition im Reichstag

ausdrücklich gebilligt wurde, daß die Entsendung der deutschen Delegation nach Locarno auf Grund eines einstimmigen Kabinettsbeschlusses erfolgte, daß die Paraphierung in Locarno ohne Widerspruch der deutschnationalen Kabinettsmitglieder vorgenommen wurde, und daß das Vertragswerk im Reichskabinett zunächst das 'laute freudige Ja' des deutschnationalen Reichsministers Schiele gefunden hat. Alles andere ist Lug und Trug, Spiegelschere und Heuchelei - mit einem Wort: deutschnational!

Nur eins ist an dieser nachträglichen Oppositionspitze der Westarp-Partei ernst zu nehmen: das ist die feierliche Erklärung ihres Führers, daß sie die Rechtmäßigkeit der Verträge von Locarno niemals anerkennen werde. Damit haben sich die Deutschnationalen bis zum ebenso feierlichen Widerruf dieser törichten Erklärung die Rückkehr in die Regierung unmöglich gemacht. Das wäre an sich kein Schaden für das deutsche Volk, sondern im Gegenteil, wie die innerpolitische und die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1925 deutlich genug aufweist, für 90 Proz. der Bevölkerung ein Glück. Aber da wir wissen, daß Herr Luther, der auf seine Wiederbetragung mit dem Reichskanzleramt offenbar stark rechnet, für diesen Fall die Wiederkehr der verlorenen Söhne in die Bürgerblockfamilie nach einer möglichst kurzen Bußezeit für wünschenswert hält, so sei bereits jetzt darauf hingewiesen, daß ein Wiedereintritt der Westarp-Schiele-Partei ins Reichskabinett schon aus außenpolitischen und völkerrechtlichen Gründen einen Widerruf jener törichten Erklärung voraussetzt. Diese Zurücknahme dürfte der Fraktion Rampe umso weniger schwer fallen, als es das eigene Kind ist, das sie versucht hat und wieder segnen soll.

Die Herren Luther und Stresemann haben gestern in London ihren großen Tag gehabt. Die Ovationen der Menge waren zweifellos verdient. Denn die Gerechtigkeit gebietet, ihnen das Zeugnis auszustellen, daß es nicht leicht war, mit einer Regierung des Bürgerblocks - wohl gemerkt mit der ersten Reichsregierung, in der deutschnationale Minister saßen - jene Politik zum Abschluß zu bringen, die den Verzicht auf den Revanchekrieg zur Grundlage hat.

Nun beginnt auch für Deutschland, besonders für Deutschland, ein neues Zeitalter, das reich an Verantwortung, aber auch an Erfolgen sein kann. Durch seinen Eintritt in den Völkerbund wird es auf allen Gebieten des Friedens eine führende Rolle spielen können. Die deutschen Kinderheiten im Auslande werden sehnsüchtig auf den Tag, an dem Deutschland im Genuß der Völker seine Stimme zu ihrem Schutze, überall dort wo ein solcher nottut, erheben wird. Vielleicht wird schon die Tatsache der Anwesenheit Deutschlands im Völkerbunde genügen, um ihr Los zu bessern, weil man unangenehm Debatten, in denen die Vertreter der deutschen Republik die Stimme des Rechtes und der Demokratie erheben würden, vorzubeugen geneigt sein wird. Schon aus diesem Grunde muß von der Reichsregierung gefordert werden, daß sie den Eintritt in den Bund unverzüglich vollziehe und bei ihren heutigen Besprechungen in London dem Wunsche der Gegenparteien nach baldigster Einberufung der außerordentlichen Völkerbundsversammlung keine dilatorischen Winkelzüge entgegenstelle.

Deutschland als geistig führende Macht unter den demokratischen Nationen, das ist das nationale Ziel der deutschen Sozialdemokratie in den kommenden Jahren. Im friedlichen Rat der Völker soll sich Deutschlands Mission als Bannerträger des Friedens und des geistigen und sozialen Fortschritts erfüllen. Wer am heutigen Tage erkennt, daß der Weg, den die Sozialdemokratie in den letzten Jahren unter schweren Opfern gegangen ist und erzwingen hat, der richtige war, wer das hier gekennzeichnete nationale Ziel als erhaben und erstrebenswert empfindet, der trete jetzt erst recht ihren Reihen bei, stärke damit die Macht ihrer Ideen und beschleunige dadurch ihre Erfüllung!

Die Reden der Delegierten.

London, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Begrüßungsidee Chamberlains nahm der deutsche

Reichsanzler Dr. Luther

das Wort. Er dankte zunächst für den Empfang in London und führte u. a. aus: 'Von ganzem Herzen begrüße ich die Feststellung seiner Majestät, daß Locarno ein Werk der Befriedung und Versöhnung sein soll, eine Grundlage für eine aufrichtige Freundschaft zwischen den Nationen, ein Werk, das den Frieden sichern soll, den

alle Völker dringend brauchen als Grundlage ihres Wiederaufstieges. Wir hoffen ernsthaft, daß die Wünsche sich verwirklichen mögen, die der englische Außenminister zum Ausdruck gebracht hat, insbesondere auch über das Verhältnis der hier vertretenen Nationen zu meinem Vaterlande. Herr Chamberlain hat mit Recht hervorgehoben, daß auf dem Wege zu dieser Versöhnung auch neue Freundschaften entstehen sollen und Hindernisse zu überwinden sind. Alle Völker müssen sich vereinigen, um die Vorurteile und das Mißtrauen in die Vergangenheit zu verweisen, um den Weg frei zu machen für eine Zukunftsentwicklung, an der wir alle mitarbeiten müssen.

Dazu ist notwendig, daß auch alles verschwindet, was seine Ursache hat in nicht mehr berechtigten Nachwirkungen einer vergangenen Kriegszeit.

Die Tatsache, daß Gebietsteile meines Vaterlandes unter den Auswirkungen des Krieges noch zu leiden haben, muß in absehbarer Zeit der Vergangenheit angehören. Noch höher als der Inhalt des Vertrages muß die Einheit des Willens zu gemeinsamer friedlicher Arbeit sein, die ihren Ausdruck im Werk von Locarno findet, zu dem sich Deutschland auch heute gern bekennt. Möge aus dieser Willenseinheit das Zusammenwirken all der Völker erwachsen, die hier vertreten sind!

Darauf folgte die bedeutende Rede des französischen Ministerpräsidenten und Außenministers

Briand.

Er sagte, nicht ohne Rührung würden die großen Beträge unterzeichnet werden, dazu bestimmt, die Nationen Europas fester zu binden, und die Eröffnung einer neuen Ära des Friedens anzuzeigen. Sie drückten die tiefsten Gefühle und Wünsche aller Nationen aus, die so furchtbar unter dem Kriege gelitten haben. Der Redner erzählte, wie er einen einfachen Brief von einer Frau aus dem Volke erhalten habe, in welchem sie ihn zu dem erfolgreichen Abschluß der in Locarno getanen Arbeit beglückwünschte. Sie schrieb wörtlich: 'Endlich ist es mir möglich, mir meine Kinder ohne Besorgnis für ihre Zukunft anzusehen und endlich kann ich sie mit einiger Sicherheit lieben.' Dieser Brief, sagte Briand, mache auf etwas aufmerksam, womit er während seines ganzen politischen Lebens eng verbunden gewesen sei. Der Vertrag verkörpere die Tatsache, daß gegenseitige Hilfe und menschliche Solidarität Platz greifen werde. Zu der deutschen Delegation gewandt, sagte er: 'Mir gegenüber sitzt die deutsche Delegation. Ich will damit sagen, daß ich kein guter Franzose bleibe, wie Sie - ich bin dessen sicher - gute Deutsche bleiben werden, aber angesichts der Verträge sind wir nur Europäer. Die Sonderheiten unserer Länder sind jetzt durch diesen Vertrag ausgelöscht. Unsere Nationen haben sich oft auf den Schlachtfeldern gegenübergestellt. Der Locarnovertrag soll den Wert haben, daß

derartige Meißelungen nicht noch einmal

vorkommen sollen. Wir müssen jetzt mitarbeiten in der Arbeitsgemeinschaft des Friedens und unsere Nationen, welche auf dem Schlachtfelde gleiches Heldentum gezeigt haben, werden jetzt menschlichere Mittel zu einem friedlichen Wettstreit finden. In diesem Sinne unterzeichne ich als französischer Delegierter die Verträge. Und hier gebe ich die feierliche Erklärung ab, daß ich darauf vertraue, den Sprecher der überwältigenden Mehrheit meines Volkes zu sein. Ich sehe in dem kommenden endgültigen Frieden den Beginn der friedlichen Arbeit zur Erneuerung Europas. Durch einen allgemeinen Völkerbund soll dieser Friede gesichert werden und dieser Friede soll eine Weisung der Intelligenz und des Verstandes sein. Briand sagte noch, die Verträge von Locarno seien nur wertvoll, wenn der Wille, den Krieg zu beseitigen, bei allen Nationen vorhanden sei. Frankreich werde auf Grund des Locarnopaktes alles versuchen, was ihm möglich sei, um einen Krieg zu vermeiden und den Frieden zu fördern. Die soeben unterzeichneten Schriftstücke müßten Europa erneuern.

Außenminister Dr. Stresemann

führte aus: 'In dem Augenblick, in dem das in Locarno begonnene Werk durch unsere Unterschriften in London vollendet ist, möchte ich vor allem Ihnen, Sir Austen Chamberlain, den Dank aussprechen für das, was wir Ihnen schulden in Anerkennung der Führerschaft bei dem heute vollendeten Werk. Wir haben in Locarno, wie Sie wissen, keinen Vorstehenden gehabt, haben ohne Vorbehalt gehandelt; das aber ist das Große in der wunderbaren Tradition Ihres Landes, das auf eine vielunterjährige parlamentarische Erfahrung zurückblicken kann, daß ungeschriebene Gesetze weit besser wirken als die Form, in der man glaubt

Dinge meistern zu müssen. So hat die Konferenz von Locarno, die so informal war, zu einem Erfolge geführt. Sie konnte dazu führen, weil sie in Ihnen, Sir Austen, einen Führer hatte, der durch seinen Takt und durch seine Freundlichkeit, unterstützt von seiner lebenswürdigen Gemahlin, zunächst einmal jenes Band persönlicher Vertrauens um uns wab, das wohl ein Bestandteil dessen ist, was als Geist von Locarno bezeichnet wurde. Aber es war etwas anderes, das wichtiger war, als dieses persönliche Verhältnis: das war der Wille, der in Ihnen und uns lebendig war, dieses Werk zum Abschluß zu bringen. Daher die Freude, die Sie und wir alle empfanden, als wir es in Locarno zur Paraphrasierung bringen konnten; daher unser aufrichtiger Dank an Sie am heutigen Tage. Lassen Sie mich von diesem Gedanken über Form und Willen auch ausgehen, wenn ich jetzt von dem Werk von Locarno selbst spreche. Wir alle haben

In unseren Parlamenten Debatten

zu bestehen geholt über dieses Werk. Man hat es nach allen Richtungen hin durchleuchtet. Man hat versucht festzustellen, ob irgend welche Widersprüche beständen in der Anschauung über diese und jene Paragraphen. Darf ich demgegenüber das eine aussprechen: Ich sehe in Locarno nicht eine juristische Konstruktion politischer Gedanken, sondern ich sehe in dem Werk von Locarno die Basis einer großen Zukunftsentwicklung. Die Staatsmänner und Völker bekennen sich darin zu dem Willen, dem Menschheitsfrieden nach Frieden und Verständigung den Weg zu bereiten. Wäre der Pakt nichts als ein Bündel von Paragraphen, so würde er nicht halten. Die Form, die er zu finden sucht für das Zusammenleben der Völker, wird nur Wirklichkeit werden können, wenn hinter ihnen der Wille steht, neue Verhältnisse in Europa zu schaffen, ein Wille, von dem auch die Ausführungen getragen waren, die Herr Briand loben gemacht hat. Ich möchte Ihnen, Herr Briand, aufrichtig danken für das, was Sie gesprochen haben, über die Notwendigkeit des Zusammenwirkens aller Völker und derjenigen besonders, die sozial in der Vergangenheit gelitten haben. Sie gehen von der Idee aus, daß jeder von uns seinem Vaterlande zuerst angehört, ein guter Franzose, ein guter Engländer, ein guter Deutscher, ein Teil seines Volkes sein soll, jeder aber auch ein Angehöriger Europas, verbunden mit der großen kulturellen Idee, die sich in dem Begriff unseres Erdteils auswirkt. Wir haben ein Recht, von einer europäischen Idee zu sprechen; hat doch dieses Europa im Weltkriege die größten Opfer gebracht, steht es doch jetzt vor der

Jahr, durch die Auswirkungen des Weltkrieges die Stellung zu verlieren.

auf die es nach seiner Tradition und Entwicklung Anspruch hat. Was dieser Erdteil im Weltkriege hingegeben hat, wird vielfach nur gemessen an den Verlusten materieller Art, an den Verwüstungen, die der Krieg im Gefolge hatte.

Wir haben ein Recht, von einer europäischen Idee zu sprechen.

hat doch dieses Europa im Weltkriege die größten Opfer gebracht, steht es doch jetzt vor der Gefahr, durch die Auswirkungen des Weltkrieges die Stellung zu verlieren, auf die es nach seiner Tradition und Entwicklung Anspruch hat. Was dieser Erdteil im Weltkriege hingegeben hat, wird vielfach nur an den Verlusten materieller Art und an den Verwüstungen gemessen, die dem Kriege folgten. Den größten Verlust tragen wir dadurch, daß eine Generation dahingefunken ist, von der wir nicht wissen, wieviel unentwickelte Kräfte und Möglichkeiten, wieviel Geist, Genie, Tat- und Willenskraft in ihr zur Entfaltung gekommen wären, wenn sie ihr Leben hätte ausschöpfen können. Zusammen mit den Erschütterungen des Weltkrieges ergibt sich daraus die eine Tatsache, daß

uns eine Schicksalsgemeinschaft anzunehmen ist.

Wenn wir untergehen, gehen wir gemeinschaftlich unter; wenn wir in die Höhe kommen wollen, können wir es nicht im Kampfe gegeneinander, sondern nur im Zusammenwirken miteinander. Deshalb dürfen wir, wenn wir überhaupt an die Zukunft unserer Völker glauben, nicht in Zwist und Feindschaft miteinander leben, sondern müssen uns die Hände reichen zu gemeinschaftlichem Zusammenwirken. Nur dann wird es möglich sein, die Grundlage für eine Zukunft zu legen, von der Sie, Herr Briand, in Worten, denen ich mich nur anschließen kann, sagten, daß sie getragen sein soll von dem Wetteifer der kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten. In diesem Zusammenwirken muß die Basis für die Zukunft gesucht werden.

Für diesen Frieden tritt die große Mehrheit des deutschen Volkes ein.

Wählt auf diesen Friedenswillen setzen wir unsere Unter- schrift unter diesen Vertrag. Er soll eine neue Ära des Zusammenwirkens der Nationen einleiten. Er soll an die sieben Jahre der Nachkriegszeit eine Zeit wirklichen Friedens anschließen, der von dem Willen verantwortungsbewusster Persönlichkeiten getragen wird, die den Weg zu dieser Entwicklung weisen, und der von den Völkern unterstützt werden soll, die wissen, daß nur auf diese Weise Wohlfahrt gedeihen kann. Mögen spätere Geschlechter Grund haben, dankbar des heutigen Tages als eines Anfanges einer neuen Entwicklung zu gedenken!

Der belgische Außenminister, Genesse

Dandervelde

erklärte, daß in einigen Tagen die Abrüstungskommission des Völkerbundes in Genf zusammentreten werde. Er hoffe, daß in Kürze ein Abrüstungsvertrag zu den Sicherheits- und Schiedsverträgen hinzutrete. Dandervelde schloß mit den Worten: Ich vertraue darauf, daß eines Tages

Wissenschaft und Frieden die Unwissenheit und den Krieg besiegen werden.

Der italienische Vertreter

Scialoja

sagte, daß es Mussolini zu seinem großen Bedauern nicht möglich gewesen sei, die Unterzeichnung dieses großen Friedenswerkes mitzumachen.

Benesch und Strzyski erinnerten an die besonderen Interessen Zentraluropas. Ihr Hauptinteresse sei aber gleichfalls der Friede. Sie dankten den Mächten dafür, daß sie das heutige Werk ermöglichen konnten.

Nach der Unterzeichnung ergriff Ministerpräsident

Baldwin

das Wort, um auf die Bedeutung des unterschriebenen Dokumentes für den Frieden, den die Welt solange gesucht habe, hinzuweisen. England werde alles tun, um die Welt nicht zu enttäuschen.

Der Vorgang der Unterzeichnung.

London, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterzeichnungsszeremonie gestaltete sich, soweit sie nicht durch das Aufstehen und Abblenden der für die Kino-Operateure aufgestellten Scheinwerfer und das Schwirren der Kino-Apparate gestört wurde, außerordentlich würdig. Die alte englische Tradition,

die solche Gelegenheiten geschickt zwischen einem allzu feierlichen Pathos und allzu geschäftsmäßiger Erledigung hindurchzuführen weiß, bewährte sich hier ebenso wie Chamberlains in Locarno erprobte Geschicklichkeit als Vorherrscher. Es war ihm anzumerken, daß er in seinem Hochgefühl eines frischen Adels und des Abschlusses monatelanger Verhandlungen von dem Bewußtsein durchdrungen war, auf dem Höhepunkt einer in der Vergangenheit nicht immer erfolgreichen politischen Karriere zu stehen. Im übrigen war die Szenerie viel weniger prächtig als die Bezeichnung des Raumes im Außenamt als „Goldener Saal“ vermuten lassen möchte. Der Raum hat jene fatale überladene Renaissance des 19. Jahrhunderts, wie sie auch in dem Palais der Wilhelmstraße in Berlin zu finden ist. Infolge des Hin und Her der Beamten, die die Verträge herumreichten, was ziemlich eindrucklos verlief, erreichte die Zeremonie erst nachher ihren Höhepunkt. Das war

insbesondere Briand zu danken, der in einer für alle Anwesenden unvergeßlichen Rede ein hohes Lied Paneuropas sang.

Niemand, der Zeuge der Ergriffenheit des in letzter Zeit auffallend stark gealterten Briand war, wird den mindesten Zweifel an seiner Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit hegen können. Schräg der deutschen Delegation gegenüber sprach er sich in französischer Sprache und Stresemann hinüber. Auf ihn folgte Stresemann, dessen hastige Sprechweise in unvoortrefflichem Gegensatz zu seiner Rede selbst stand, die ungewöhnlich taktvoll und angemessen war. Sie hat auf die Delegierten der Entente, wie Ihr Korrespondent erzählt, als sie ihnen nach der Zeremonie überreicht wurde, einen sehr guten Eindruck gemacht. Es wurde allerdings allgemein bedauert, daß die deutschen Delegierten sich für die Mehrzahl der Anwesenden unverständlichen deutschen Sprache bedienten und sich dadurch selbst um einen Teil ihrer Wirkung gebracht haben, zumal sämtliche übrigen Redner, einschließlich Chamberlains, mit Ausnahme Baldwins, französisch sprachen.

Als erste unterschrieben Luther und Stresemann

(weil Deutschland = Allemagne im Alphabet voran ist. Red.), hierauf Dandervelde, Briand, Baldwin und Chamberlain (mit einer goldenen, ihm in Locarno verehrten Feder), Scialoja, Strzyski und Benesch. Nachdem die Unterzeichnung der verschiedenen Dokumente beendet war, überreichte Chamberlain Reichskanzler Luther die in Locarno entworfenen, gewisse Erklärungen bezüglich Art. 16 der Völkerbundschartung enthaltene Kollektivnote.

Hierauf hielt Briand, hauptsächlich der deutschen Delegation zugewandt, stichlich bewegte eine längere Rede. Nach ihm ergriff Stresemann das Wort zu einer ebenfalls mit großer Bewegung vorgetragenen Rede, die ebenso wie die Worte Briands tiefen Eindruck auf die Zuhörer machte. Nach dem deutschen Außenminister sprachen erneut Scialoja, Dandervelde, Benesch und Strzyski. Zum Schluß hielt Premierminister Baldwin eine kurze Rede in englischer Sprache, die Lampshaus ins Französische übersetzte. Auf Vorschlag Chamberlains wurde aus Anlaß der Unterzeichnung des Locarno-Paktes ein Danktelegramm an die Schweiz abgefaßt. Hierauf erklärte Chamberlain die Sitzung für beendet.

Die Originalurkunde des Vertrages von Locarno

oder wie seine offizielle Bezeichnung lautet „Vertrag der gegenseitigen Garantien“ (Treaty of mutual guarantees) wird nach der Unterzeichnung durch König Georg beim Sekretariat des Völkerbundes niedergelegt werden.

Nach der Feierlichkeit.

London, 1. Dezember. (WTB.) Die Delegierten der verschiedenen Mächte verließen das Foreign Office nach der Unterzeichnung der Verträge gegen 1 Uhr 15 Minuten nachmittags. Baldwin erfuhr sich durch einen privaten Ausgang und begab sich, ohne mit der vor dem Foreign Office wartenden Menge in Berührung zu kommen, in seine Amtswohnung. Als die Vertreter der fremden Mächte das Außenamt verließen, wurden sie von den Neugierigen mit Beifall begrüßt. Als aber die deutschen Delegierten im offenen Wagen abfahren, drach die Menge in laute, herzliche Zurufe aus.

London, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag nachmittag gab Außenminister Chamberlain zu Ehren der fremden Delegierten ein Essen, an dem auch Baldwin, Churchill und andere britische Minister teilnahmen. Reden wurden nicht gehalten.

Die Unterzeichner des Locarno-Vertrages wurden am Dienstag in den späten Nachmittagsstunden im Buckingham-Palast vom König empfangen. Chamberlain stellte die einzelnen Delegierten vor.

Räumungskonferenz in London.

London, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag abend fand im Foreign Office eine Beratung zwischen Chamberlain, Briand, Luther und Dandervelde statt. Briand stellte fest, daß alle Fragen, einschließlich der Räumung der besetzten deutschen Gebiete, in dem Geiste von Locarno gelöst werden würden. Briand drückte sich in der allgemeinen Entwaffnungsfrage optimistisch aus.

Die Folgen der Räumung.

Entlastung auf dem Wohnungsmarkt.

Köln, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Räumung der ersten Zone soll vom 3. Dezember ab wesentlich beschleunigt werden. Die erste Zone, deren Räumung nunmehr mit einjähriger Verspätung durchgeführt wird, zählt rund 2 1/2 Millionen Einwohner auf einem Gebiet von rund 6400 Quadratkilometer. Von großer Bedeutung für die Einwohner der Städte ist die Entlastung auf dem Wohnungsmarkt. In Köln werden, abgesehen von zahlreichen öffentlichen Gebäuden, nicht weniger als 1400 Wohnungen frei. Am 1. April 1924 wohnten 126 Offiziere mit ihren Familien in Bürgerquartier und 149 Offiziersfamilien in Neubauten. Außerdem waren 502 Unteroffiziere und Mannschaften mit ihren Familien in Privatquartieren, 373 in Neubauten und 185 in Notwohnungen untergebracht. Daneben hatten 295 Offiziere und 123 Unteroffiziere Bürgerquartier. In Bonn waren 280 Familien und 96 Offiziere in Bürgerquartieren untergebracht. Ähnlich lagen die Verhältnisse in den übrigen Garnisonsstädten der ersten Zone.

Mit dem 1. Dezember hat das Delegierten-system aufgehört. Zwar bleibt in Köln der Polizeireiter der Rheinlandkommission zur Abwicklung der laufenden Geschäfte noch weiter im Amte, ebenso in Krefeld. Hier handelt es sich jedoch um eine gegenseitige Vereinbarung. Tatsächlich ist die bisherige Zivilverwaltung der Besatzung nahezu restlos abgebaut und schon gehen Gerüchte um, daß auch bei der Rheinlandkommission selbst ein Wechsel bevorstehe und ihr Chef Tirard seinen Posten verlassen wird.

Rad in Unterhaus. Der Abg. Adam (Arbp.) wurde auf Antrag Schurails mit 200 gegen 91 Stimmen ausgeschlossen, weil er sich weigerte, seinen Sitz wieder einzunehmen, als er vom stellvertretenden Sprecher dazu aufgefordert wurde. Die Ausschließung Adams erstreckt sich auf den Rest der Session, wenn die Regierung die Ausschließung nicht früher aufhebt.

Ein völkischer Seelsorger.

Pastor Münchmeyer und der Ruf des Apostels Paulus.

Einer der größten Rabaukhelden der völkischen Mique auf der Insel Vorkum war der Herr Pastor Münchmeyer. Ueber ihn viel Worte zu verlieren, ist nicht notwendig. Immerhin, bei den unerschämten Hege, mit der solche Burschen gegen Andersdenkende aufzutreten pflegen, ist es doch ganz nützlich, zwei Briefe zum Abdruck zu bringen, die das „Berliner Tageblatt“ mitteilt. Sie bedürfen keines Kommentars. Der eine ist der Brief des Herrn Pfarrers an ein Fräulein H., in dem er seine offenbar sehr weitgehenden Berührungen ihr gegenüber abstreift. Der andere ist ein Auszug aus einem Brief des Fräulein H. an einen Arzt, in dem sie ihre Aussagen über den ehrwürdigen Herrn Pfarrer bestätigt.

I.

Pfarrer A. Münchmeyer. Bortum, 11. November 1925.

Sehr geehrtes Fräulein H. . . . Ihren Brief vom 4. November habe ich erhalten. . . . Ihre Darstellung des ganzen Vorganges ist mir natürlich, nachdem ich zuvor meine Schilderung gegeben habe, so, wie ich den Vorgang aufgefaßt habe, vorgehalten worden. In einigen Punkten weicht dieselbe von der Ihren ja ab. . . .

Das Einzige, was ich mir zum Schluß — Sie sagen allerdings, es wäre zweimal am Abend gewesen, das habe ich für ausgeschlossen — und das freundliche Verstehen meinerseits in der Art, wie es geschah, war doch meiner Auffassung nach kein eigentlicher Ruf, in der Weise, wie Liebende sich wohl zu fassen pflegen. . . .

Ich glaube bestimmt, daß der Apostel Paulus, der im Römerbriefe Kap. 16 V. 16 Männer und Frauen aufzählt, die er grüßen läßt und auffordert: „Grüßt euch untereinander mit dem heiligen Kuss“, das nicht anders würde bezeichnen können, was sich am dem Abend beim Abschied ereignet hat. . . . Daß ich genau feststellen wollte, wo Ihre Operationswunde war, hatte seinen Grund doch allein darin, daß ich als ein der medizinischen Wissenschaft nicht ganz fernstehender nach Ihren Berichten gern feststellen wollte, woran Dr. H. Sie eigentlich operiert hatte. . . .

Ich wollte mit der genauen Feststellung der Operationsstelle feststellen, ob es der Blinddarm, Nerven oder eine Verwachsnachoperation der angeblich früheren Blinddarmoperation war, um eventuell dabei mein Material gegen diese Herren zu verichten, über die mir schon manches in letzter Zeit zu Ohren gekommen war. . . .

gez. A. Münchmeyer, Pfarrer.

II.

Fräulein H. an Dr. B. . . . 24. November 1925.

Es ist eine Schande, daß R. sich in einer Weise reinzuwaschen versucht, die ihresgleichen sucht. . . . R. hat mich zweimal geküßt. Daran läßt sich nicht gar nichts ändern — und dafür gibt es auch keine Ausrede. . . .

Die richtige Abschrift des Briefauszuges bescheinigt Bortum, den 26. November 1925.

Der Gemeindevorstand.

In Vertretung: Der erste Beigeordnete Hutten.

Im Zusammenhang mit diesen beiden Briefen steht ein Offener Brief eines Herrn Dr. Bensch, der in der „Vorkumer Zeitung und Bodezeitung“ als Inserat veröffentlicht wird. Dieser Brief hat folgenden Wortlaut:

Offener Brief an Herrn H. Münchmeyer.

Nachdem nunmehr durch eidliche Zeugenaussage erhärtet ist, daß Sie eine meiner Patientinnen im Krankenhaus nachts besucht und geküßt haben und nachdem Sie selbst vor dem Untersuchungsrichter zugegeben haben, daß Sie gelegentlich dieses Besuches den Unterleib der jungen Dame abgetastet haben, um angeblich die vorhandene Operationsnarbe zu fühlen, unterstelle ich erneut dem Urteil der Öffentlichkeit, ob Sie noch weiter für die Tätigkeit als Pfarrer und Seelsorger geeignet und würdig sind.

Der Vorwand, daß Sie die Narbe nur betastet hätten, um „Material gegen mich zu sammeln“, da Sie mich der fahrlässigen Tötung für verdächtig hielten!!! ist ebenso gewissenlos wie unglaubwürdig, zumal Sie mit dieser unfinnigen Behauptung erst jetzt und offensichtlich zu Ihrer Entlastung hervorgetreten sind.

Sollten Sie trotzdem jetzt den Anschein erwecken wollen, daß man Sie mit Ihrer Ausrede ernst nehmen sollte, so erwarte ich von Ihnen, falls es noch nicht geschehen sein sollte, daß Sie unverzüglich gegen mich bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstatten und das öffentlich bekanntgeben. Unterlassen Sie diese Anzeige, so sind Sie ein gemeiner Verleumder.

Dr. med. Bensch.

Danach dürften die Akten über den Herrn Pfarrer mit oder ohne Berufung auf den Apostel Paulus (an die Römer im 16. Kapitel, 16. Vers) wohl endgültig geschlossen sein.

Litauische Memeldiktatur.

Die Wilschachtung des Volkswillens.

Memel, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der Landtag gestern nachmittag sich auf morgen vertagt hatte, um der Bitte des litauischen Gesandten in Berlin, Sidzikauskas, Rechnung zu tragen, der noch einmal wegen der Bildung des neuen Landesdirektoriums mit der litauischen Regierung in Romo verhandeln wollte, hat nun der Gouverneur zum neuen Präsidenten des Landesdirektoriums den bisherigen Landesdirektor Juozapaitis ernannt. Dieser gehört der nationalistischen litauischen Minderheit an. Er kandidierte bei der letzten Stadtverordnetenwahl für eine großlitauische Minderheitsliste und zog als deren Vertreter in das Stadtparlament ein. Der Gouverneur, der den Präsidenten des Landesdirektoriums zu ernennen hat, konnte sich nicht entschließen, den Willen der Landtagsmehrheit auszuführen; ihren 27 Abgeordneten stehen nur 2 Großlitauer gegenüber. Sie verlangte, daß das demokratische Prinzip in der Regierungsbildung durchgeführt und ein Vandespräsident ernannt wird, der das Vertrauen der Mehrheit des Memelvolkes genießt. Der Gouverneur hat sich jedoch an diesen Grundsatze nicht gehalten, sondern nur Personen vorgeschlagen, die der großlitauischen Minderheit angehören und daher von der Einheitsfront abgelehnt wurden. Schließlich mußte Sidzikauskas aus Berlin kommen, der ebenfalls versuchte, eine Einigung zu erzielen. Nun hat man einen Großlitauer zum Präsidenten ernannt. Der Landtag wird morgen mittag zu dieser Ernennung Sitzung nehmen. Es ist damit zu rechnen, daß dem Präsidenten ein Misstrauensvotum ausgesetzt wird und daß der Gouverneur entweder einen neuen Präsidenten ernennen muß, oder den Landtag auflöst. Ferner werden die Einheitsfrontparteien eine Kommission zum Völkervand nach Genf schicken, um dort gegenüber der neuen Vergewaltigung der Memelländer durch die litauische Regierung Protest einzulegen. Die litauische Regierung hat durch diese Ernennung bewiesen, daß sie das demokratische Prinzip in der Verwaltung des Memelgebietes nicht anerkennen, sondern die bisherige Diktatur einer kleinen Minderheitsgruppe aufrechterhalten will.

Mandatsablegung. Der Amts- und Gemeindevorsteher von Kietendorf bei Breslau, Scrowig, Landtagsabgeordneter und Mitglied des Kreistages, hat, wie WTB. meldet, seine Ehrenämter und alle seine Mandate niedergelegt. Als Grund hierfür ist der Umstand anzugeben, daß gegen Scrowig ein Verfahren wegen Verführung einer Minderjährigen schwebt. Als Landtagsabgeordneter hätte er nicht zur Verantwortung gezogen werden können, da er als solcher das Recht der Immunität genießt. Da Scrowig aber das Verfahren wünscht, um seine Person von den ihm gemachten Vorwürfen reinigen zu können, ist die Niederlegung der Mandate erfolgt. Scrowig, der der SPD. angehört, bestreitet jede Schuld.

Einberufung des Parteiausschusses.

Der Parteivorstand hat den Parteiausschuss zur Beratung der politischen Lage und zur Erörterung der Abfindungsforderungen ehemaliger Fürstenhäuser zum kommenden Dienstag nach Berlin berufen.

Die Wirtschaftskrise.

Ursachen und Abhilfsmöglichkeiten.

Vor dem Reichsbund der Deutschen Technik sprach am Dienstag der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Dr. Schäffer über „Die Lage und Aussichten der deutschen Wirtschaft“.

Am Eingang seiner Rede kam Dr. Schäffer auf die handelspolitische Situation zu sprechen, wobei er den Abschluß des Handelsvertrages mit Italien als besonders erfreulich im Hinblick auf die mit Spanien und Frankreich schwebenden Verhandlungen bezeichnete und der Hoffnung Ausdruck gab, daß man auch mit Frankreich trotz aller Schwierigkeiten zu einer Art von Restbegünstigungsvertrag kommen werde. Von dem italienischen Handelsvertrag verpflichtet sich Schäffer eine industrielle Abgabebelastung und die Aktivierung der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen.

Alsdann ging Dr. Schäffer zu seinem eigentlichen Thema über und skizzierte zunächst in groben Zügen den gegenwärtigen Zustand der deutschen Wirtschaft: die Geldmangelkrise mit der stark wachsenden Zahl der Kontur- und Geschäftsaussichten und der Wechselproteste, die starke Verschuldung der Landwirtschaft bei ungenügender Kapitalmenge, um selbst Betriebe, die zur Zwangsversteigerung kommen, noch zu einigermaßen auskömmlichen Preisen in andere Hände überführen zu können, den Tiefstand der Getreidepreise und besonders das rapide Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Ein ergänzender Hinweis auf den Aktienmarkt machte den Schluß dieser pessimistisch gehaltenen Uebersicht. Ueber die Gründe der heutigen Wirtschaftslage äußerte sich Schäffer dahin, daß weder die von Unternehmer, noch die von Arbeitnehmerseite genannten Gründe als durchschlagend zu bezeichnen seien; insbesondere sei von einer verhängnisvollen Wirkung des Dames-Gutachten vorläufig solange noch nicht die Rede, als ja bisher die Zahlungen aus der Dames-Anleihe erfolgt seien. Man müsse also auf die organischen Fehler der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur zurückgehen und sich die Verhältnisse an Hand der schwierigen Lage der Betriebe vorstellen. Hier seien Kreditmangel und Abnahmangel die wesentlichen Symptome. Er sieht den Fehler der gegenwärtigen Entwicklung in einer übermäßigen Ausdehnung des technischen Apparates, in einem Ueberwuchern der Technik; man habe den Wirtschaftsapparat auf Massenproduktion hin eingestellt, ohne aber für Vereinfachung und Verminderung der Typen Sorge zu tragen. Besonders wird betont, daß auch die öffentliche Hand, und zwar die Gemeinden viel stärker als die Staaten, viel stärker als das Reich an dieser überflüssigen Investitionstätigkeit beteiligt sind. Neben der Illiquidität durch die übermäßige Ausdehnung des technischen Apparates ist eine Anreicherung der Betriebe in der Vorratshaltung und im Lagerbestand an Fertigfabrikaten zu verzeichnen. Weitere Mittel sind vor allen Dingen durch die verkehrte Kreditpolitik der Banken, welche eine einseitige Unterstützung der „Schwachen“ vorgenommen haben, zur Zusammenballung von Riesentonzernen, auch noch nach der Stabilisierung, verwandt worden.

Das einzige Hilfsmittel sieht Schäffer in einem radikalen Sichtsaufräumen der Reinigungskrise, in der erzwungenen Zusammenlegung der unwirtschaftlichen Betriebe, dem Auseinanderreißen der Monopol-Konzerne und der organischen Zusammenführung gesunder Betriebe in den geplanten neuen Trusts. Eine Behebung der Krise von Seiten des Abwages her will er nicht als möglich anerkennen. Das Abwagproblem sei in Deutschland heute nur ein Exportproblem. Die Zuleitung ausländischer Kapitalien soll besonders dadurch ermöglicht werden, daß ein weiterer Ausbau der Rechtsformen im Kreditwesen erfolgt, während man die ungeunden Verhältnisse im Aktienwesen, insbesondere das Ueberwuchern der Mehrstimmrechtsaktien energisch beseitigen müsse. Wenn auch der Ausweg über und durch die Reinigungskrise hindurch außerordentlich hart sei, und vom sozialen Standpunkt aus aufs tiefste bedauert werden müsse, so sei doch nur auf diesem Wege die erforderliche schnelle Hilfe möglich. Man müsse bis zu einem gewissen Grade die Entwicklung der Dinge künstlich normieren, um im Hinblick auf die kommenden großen weltwirtschaftspolitischen Aufgaben mit klaren Verhältnissen und einer gesunden Wirtschaft bereit zu sein.

Diese großen weltwirtschaftspolitischen Aufgaben sieht Schäffer in dem vom Loucheur angeregten Problem der internationalen Kartellierung, in der Frage der europäischen Zollunion, deren Tag er als nicht mehr fern bezeichnet und schließlich auch in der Aufgabe, mit Amerika zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu kommen.

Urteil im Schweriner Fememordprozess.

Todesstrafe für Boldt — Milde Strafen für die Helfer und Wittwiffen.

Schwerin, 1. Dezember. (W.B.) In dem Fememordprozess gegen den Angeklagten Karl Boldt und Genossen wurde heute nachmittag um 5 Uhr vom Schwurgericht nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit das Urteil ausgesprochen.

Der Feldschußbeamte Karl Boldt aus Seefeld wurde auf Grund des § 211 des Strafgesetzbuches wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Der Kaufmann Otto Stücken aus Staffsurth, früher Oberleutnant eines Arbeitskommandos, wegen Beihilfe zum Mord aus §§ 211 und 49 des Strafgesetzbuches zu einer Zuchthausstrafe von 6 Jahren, von denen acht Monate als durch die Unterbringungshaft verbüßt gelten.

Der Student Erich Franz aus Frog, früher Seemann bei einem Arbeitskommando, wegen Nichtanzeige seiner Mitwilderlichkeit zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr, monon sieben Monate als durch die Unterbringungshaft verbüßt gelten.

Der Angeklagte Buchhandlungsgehilfe Peters aus Rostock, früher Hofbäcker, wegen Begünstigung des Täters zu 6 Monaten Gefängnis, aus demselben Grunde der Bergmann Wilhelm Koeders aus Sangerhede zu 4 Monaten Gefängnis. Für die letzten beiden Angeklagten gilt die Strafe als durch die Unterbringungshaft verbüßt.

Der Angeklagte Ingenieur Kurt Witt aus Graudenz, früher Oberleutnant im Regiment Soden, wurde freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens wurden den Angeklagten auferlegt mit Ausnahme der besonderen Kosten, die durch die Strafverfolgung Witts entstanden sind.

Auf Befragen durch den Vorsitzenden beantragte der Erste Staatsanwalt aus denselben Gründen wie für die Prozeßverhandlung selbst auch für die Verlesung der Urteilsbegründung den Ausschluß der Öffentlichkeit. Seitens der Verteidiger und der Angeklagten wurde kein Widerspruch erhoben. Darauf wurde die Öffentlichkeit zur Verlesung der Urteilsbegründung ausgeschlossen.

Preußens Finanzlage.

Etatdebatte im Landtag.

Der Landtag nahm am Dienstag seine durch die Provinziallandtagswahlen unterbrochenen Arbeiten wieder auf.

Präsident Bartels gedachte zunächst des verstorbenen Abgeordneten Genossen Dr. Wenzl und hob seine rege, wertvolle parlamentarische Tätigkeit, besonders auf dem Gebiete der Volksgesundheit, hervor. Im Anschluß daran sprach der Präsident den von dem neuen Grubenunglück bei Dortmund und heimgefuhrten Bergarbeiterfamilien das Beileid des Hauses aus.

Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zeichnete alsdann der demokratische Abgeordnete Riedel das Charakterbild des deutsch-nationalen „Arbeiter“vertreter Riedemann, mit dem Riedel in der letzten Sitzung vor der Vertagung einen heftigen Zusammenstoß hatte. Riedel stellte fest, daß Riedemann bei Erstattung des Kassenberichts auf der Tagung des Reichsbundes vaterländischer Arbeitervereine in Halle erklärte, er sei nicht in der Lage, eine geordnete Abrechnung zu geben. Riedemann hat in seinem Kassenbericht die Zusammenfassung der Bundeseinnahmen verschwiegen. In einem Verteidigungsprozeß, den der Bundesvorsitzende Geisler gegen den Hauptschriftleiter des Organs des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes angestrengt hatte, wurde nachgewiesen, daß der Bundesvorstand mit falschen Mitgliederzahlen arbeitete, um von den Gebäuern größere Summen herauszubekommen. Das Gericht kam zum Freispruch des angeklagten Schriftleiters. Der verantwortliche Bundeschaftschahmeister ist aber niemand anderes als der Abgeordnete Riedemann.

Das Haus trat hierauf in die zweite Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung ein.

Abg. Dr. Waentig-Halle:

Wir müssen die jüngste Finanz- und Steuerpolitik im Reich außerordentlich kritisch betrachten. Von einem Verteilen der Lasten nach der Leistungsfähigkeit ist keine Rede. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die vier Massensteuern: Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Beförderungsteuer und Verbrauchsabgaben einschließlich der Zölle erbringen zwei Drittel bis drei Viertel der Gesamteinnahmen des Reiches. Demgegenüber sind nur eine ganz schwache Belastung der besitzenden Klassen statt. Man komme uns nicht mit dem Hinweis, daß die Wirtschaft sich in Not befinde. Wir kennen die Not der Wirtschaft, die Kontur, die Arbeitslosenfrage. Aber wir wissen auch, daß kein wirtschaftlicher Aufstieg denkbar ist auf der Grundlage ausgepompeter Massen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Niemand bietet der Luxuskonsum einer bünnen Oberschicht Ersatz für den Massenkonsum und Massenabgab.

Wir verlangen deshalb, daß der Finanzminister im Namen Preußens beim Reich eine sozialere Gestaltung der Reichsteuern fordert.

Es handelt sich ja bei den Reichsteuern zum Teil um preußische Steuern; auf dem Umweg über die Steuerüberweisungen werden wir für die Gestaltung der Reichsteuern mitverantwortlich. Damit kommen wir zur Frage des Finanzausgleichs. Hier danken wir dem Minister, daß er sich gegen jeden finanzpolitischen Partikularismus ausgesprochen hat. Finanzpolitische Kleinatlerei ist heute, wo wir auf dem Weg zu einer europäischen Politik sind, vollendete Sinnlosigkeit. Der deutsche Einheitsstaat bedeutet keine Schädigung der Kulturinteressen der einzelnen Stämme. Betrachten wir den italienischen Einheitsstaat! Haben etwa Florenz, Venedig, Mailand, Rom ihre besonderen Charakterzüge verloren? Solange die Länder natürlich vorhanden sind, muß für eine geordnete Einnahmewirtschaft dieser Länder gesorgt werden. Das System der Ueberweisungen muß verschwinden; das gilt selbstverständlich auch für das Verhältnis der Länder zu den Gemeinden. Wir begrüßen es, daß nach § 8 des Gesetzes über die Veränderung des Finanzausgleichs vom 10. Oktober 1923 die Länder und Gemeinden vom 1. April 1927 ab die Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer selbständig festsetzen sollen. Zweckmäßig geordnet, können die den Ländern und Gemeinden überlassenen Steuern den Charakter als Ergänzungsteuer im Sinne einer Mehrbelastung der hunderten Einkommen erhalten, ohne daß sie produktionshemmend wirken. Besonders hinsichtlich der Grundsteuer wäre das in Aussicht zu nehmen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß das genannte Gesetz zugleich die Länder verpflichtet, in welchem Verhältnis der Steuerbedarf der Länder und Gemeinden aus Anteilen an der Einkommen- und Körperschaftsteuer andererseits zu decken ist. Wir wünschen die Einleitung dieser Reformen um so mehr, als wir der Funktion der sogenannten Hauszinssteuer mit größter Abneigung gegenüberstehen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Nach einer Kritik der Etatsanforderung des Reichsfinanzministers kommt Waentig auf die Rechtfertigung des preußischen Finanz-

ministers zu den Fragen Siemens Elektrische Betriebe und von Gleiches Erben zu sprechen: Der Minister übergibt den Kernpunkt unserer Kritik. Wir bemängelten, daß bei Siemens ein überschuldetes Unternehmen, für das wahrscheinlich keine Interessenten vorhanden waren, zu einem recht erheblichen Preise erworben wurde und daß in dieses Unternehmen, um es zu entschulden, ein so erheblicher Betrag wie 4 Millionen hineingesteckt wurde. Wäre unter diesen Umständen nicht die Erwerbung des Aktienpakets der Riebeck-Montanwerke zweckmäßiger gewesen? Bei dem Fall der Gleiches-Gesellschaft hätte den Gemerten unbedingt die größere Vorteilhaftigkeit des preußischen Angebots klargemacht werden müssen. In der „Schlesischen Zeitung“ hat der Gleiches-Konzern sich zu verteidigen gesucht, und zwar mit dem bezeichnenden Hinweis, es wäre doch angemessen, daß der Staat sozusagen den Gläubigern altpreussischer Familien einen standesgemäßen Unterhalt ermöglichte.

Der Staat soll also für die altpreussischen Familien sorgen, derselbe Staat, für den diese Familien als Steuerzahler nichts übrig haben; nach der eigenen Angabe der Gesellschaft belief sich ihr Vermögen auf 350 Millionen, während sie zur Vermögenssteuer nur mit 50 Millionen veranlagt war.

Staatssekretär Poppi konnte im Reichstag diese Feststellung des Genossen Keil in keiner Weise entkräften. Es ist Zeit, daß diese Auffassung des preußischen Adels über die Steuerpflicht der Besitzenden im Volksstaat unschädlich gemacht wird. Es ist Zeit, daß die formale Demokratie zu ihren wirtschaftlichen Konsequenzen weitergeführt wird, vor allem auf finanzpolitischem Gebiete. Das sollte auch das Zentrum nicht vergessen. Wer den Volksstaat erhalten will, der muß die finanzpolitischen Konsequenzen des großen Gedankens der Demokratie, der Gleichberechtigung aller, ziehen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Heßen (Dnat.) bestreitet die Behauptung Waentigs über die Verteilung der Steuerlasten. Die Wirtschaft trage ganz erheblich an den Lasten mit, die die Verbraucherschaft übernehmen müsse. (Zuruf bei den Soz.; Na also!)

Abg. Schmieding (Z.) erklärt: Der Durchführung einer tunlichst einheitlichen Steuerverwaltung im Reich, Staat und Gemeinden, wie sie der Finanzminister vor kurzem befürwortet habe, stimme auch das Zentrum im Grundsatze bei.

Abg. Dr. v. Richter (D.Bp.): Die Durchschnittssteuerbelastung des Einkommens beläuft sich gegen 1913 auf nicht weniger als das Vierfache; auf die Dauer sei es aber doch unmöglich, Steuern aus dem Kapital anstatt aus dem Einkommen zu bezahlen. Auslandsanleihen bedeuten unter allen Umständen eine Verschuldung an das Ausland; darum ist hier äußerste Zurückhaltung geboten. Die Verantwortung für die preußischen Finanzen kann kein Staatsministerialbescheid dem Finanzminister abnehmen; darum muß seine Stellung gestärkt werden. Die Geländung der preußischen Finanzen ist nicht bloß Aufgabe des Finanzministers, sondern vor allem auch der Regierungsparteien. (Hört, hört! und lebhafter Beifall.)

Finanzminister Dr. Höpfer-Uhoff: Den Etat für 1926 hoffe ich, wenn der Staatsrat den Entwurf noch vor Weihnachten verabschiedet, dem Landtage am 12. Januar vorlegen zu können; Voraussetzung ist, daß im Reiche bis dahin eine Vereinbarung über die beabsichtigte Senkung der Lohnsteuer zustande gekommen ist. — Der Minister gibt eine vorläufige Uebersicht über das voraussichtliche Auskommen aus den einzelnen Steuerarten; mit Mehrerträgen werde unter keinen Umständen zu rechnen sein. Im Laufe des Rechnungsjahres 1925 sei seit Oktober der Fehlbetrag in jedem Monat ersparend gestiegen; um so nachdrücklicher trete das Gebot äußerster Sparsamkeit in den Vordergrund.

Nach Ausführungen des Abg. Müller-Hellen (Komm.) wird die Beratung abgebrochen.

Mittwoch 12 Uhr: Weiterberatung und Abstimmungen. Schluß 5 Uhr.

Der Kabinettsrat des Landtags legte am Dienstag den Geschäftspapier für Dezember fest. Am Mittwoch nachmittag will man die rückständigen Abstimmungen zu den Etats, u. a. auch die Abstimmung zu der Barmai-Angelegenheit, vornehmen. Zu erledigen ist noch der Rest des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung, außerdem eine Reihe von kleinen Vorlagen, so die Roselle zum Feld- und Forst-Polizeigesetz und die Verwaltungsverfahrensreform. Außerdem werden eine Reihe von Anträgen über Erwerbslosigkeit usw. vom Plenum noch einmal dem Hauptausschuß überwiesen werden. Die dritte Beratung des Haushalts beginnt, wie bereits beschlossen war, am 9. Dezember und wird sich auf drei Tage erstrecken. Bei dieser Beratung wird voraussichtlich auch der Fall v. Schilling eine Erörterung finden, wenn nicht von den Fraktionen selbst durch Einbringung einer Interpellation oder sonstiger Anträge die Initiative ergriffen wird.

Zur Erwerbslosenfrage.

Reichstag und Erhöhung der Unterstützungssätze.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten beschloß am Dienstag, auf Grund eines Berichtes der Reichsregierung über Vorschläge mit den Ländern, sich zur Erwerbslosenfürsorge über folgende Fragen schlüssig zu werden:

1. Erhöhung der Unterstützungssätze.
2. Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung.
3. Bestimmungen über die Dauer der Unterstützung.
4. Einbeziehung der Angestellten in die Fürsorge.

Bei der Aussprache über die Erhöhung der Sätze beantragten die Kommunisten eine Erhöhung um 100 Proz., die Sozialdemokraten um 50 Proz., ein demokratischer Antrag verlangt 33% Erhöhung, während ein Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei 30 Proz. für die Hauptunterstützungsempfänger vorschlo.

Kein Abbau des Mieterschutzes.

Neuer Kampf in Deutschösterreich.

Wien, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat am Dienstag im Nationalrat einen Gesetzesentwurf eingebracht, der einen allmählichen Abbau des Mieterschutzes zum Ziele hat. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß sofort, diese Vorlage mit allen parlamentarischen Mitteln zu bekämpfen. Sie wird zunächst eine erste Befragung fordern, die an sich nicht stattzufinden braucht. Der Hauptkampf wird sich jedoch, wie vor einigen Monaten, als die Christlichsozialen einen entsprechenden Antrag eingebracht hatten, im Ausschuss abspielen. Hier wird die Fraktion wieder zu dem Mittel der Obstruktion greifen.

Eine Personenverwechslung. Wir gaben kürzlich die Mitteilungen wieder, die Genosse Keil in der „Schwäbischen Tagwacht“ über eine Begegnung im Eisenbahnabteil mit dem früheren General Leichmann veröffentlichte. Jetzt erklärt Genosse Keil an der gleichen Stelle, daß ihm eine Personenverwechslung passiert sei. Mehrere unbeteiligte Personen hätten ihm unmittelbar nach der fraglichen Bahnfahrt bestätigt, daß der beteiligte Mitreisende der General Leichmann sei. Jetzt habe sich aber herausgestellt, daß Leichmann an dem betreffenden Tage überhaupt nicht auf der Eisenbahn gewesen sei. Demnach liege eine behauerliche Personenverwechslung vor. Leichmann hat in einem Brief an Keil außerdem mitgeteilt, daß er seitherzeit nicht um ein Amt, sondern um Auskünfte in sozialen Angelegenheiten gebeten habe.

Reichsgericht und Republikshuß.

Debatte im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstags behandelte am Dienstag den Gesetzesentwurf zur Entlastung des Reichsgerichts. Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Sp.) schlug vor, das Reichsgericht dadurch zu entlasten, daß man dem Reichsgericht die Aufgaben des Staatsgerichts zum Schutze der Republik abnehme, in dem man den Staatsgerichtshof beseitigt.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.) betonte, daß seine Parteifraunde kein Interesse an dem Fortbestehen dieses Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik hätten. Selbstverständlich müßten aber die materiellen Bestimmungen, die den Schutz der Republik garantieren, erhalten bleiben. Es entstehe die Frage, welcher Stelle diese Aufgaben von neuem übertragen werden sollen. Das sei aber nicht Gegenstand der gegenwärtigen Aussprache. Der Ueberlassung des Reichsgerichts sei nur abzuhelfen durch eine Vermehrung der Senate. Es würde der Einseitigkeit der höchsten Rechtsprechung nicht schaden, wenn für die erstinstanzlichen Nebenaufgaben neue Senate gebildet würden.

Die Vertreter der Rechtsparteien äußerten Bedenken gegen die Vermehrung der Zahl der Senate.

Niederlage Breitensträters.

Von Paolino in der 9. Runde besiegt.

Das Bogereignis der beginnenden Wintersportzeit, der Kampf Paolino-Breitensträter, endete gestern abend im Sportpalast mit der kaum erwarteten Niederlage Breitensträters mit einem regulären knock out in der neunten Runde. Breitensträter war bei Beginn des Kampfes glänzend in Form, konnte aber nur in der ersten Runde gegen den 15 Pfund schwereren spanischen Meister etwas ausrichten. Er nahm dann unter dem Ansturm des ruhig kämpfenden Paolino zusehends ab und mußte in der siebenten Runde zu Boden gehen. Auch nachdem er sich in der achten Runde wieder etwas erholt hatte, gelang es ihm nicht mehr, mit Erfolg gegen den stärkeren Gegner anzukommen. Der überfüllte Sportpalast nahm das Resultat mit Beifall, sowohl für den Sieger als auch für den Besiegten, der sich tapfer gemehrt hatte, entgegen. Vorher gab es zwei internationale Kämpfe. Einzel gegen den Pariser Fritsch, der mit dem Siege Einsele nach Tuzinien endete. Unentschieden blieb ein interessanter Kampf der Mittelgewichtler Domgörgen gegen den Meister von Frankreich Rollin.

Gewerkschaftsbewegung

Die Generalversammlung des ZDA. für 1926.

Ohne jeden Gegenorschlag gewählt.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Angestellten hatte mit Wahlschreiben vom 1. November 1925 zum Donnerstag, dem 3. Dezember die Wahl der Delegierten für die örtliche Generalversammlung für das Jahr 1926 ausgeschrieben. Bis zum 19. November, dem letzten Tage zur Einreichung von Vorschlagslisten, war für jede der in Frage kommenden Wahlguppen (Fachgruppen bzw. Bezirke) nur je eine Liste eingegangen. Irgendwelche Oppositionslisten lagen nicht vor. Eine Wahl findet mithin nicht statt. Die auf den Vorschlagslisten vermerkten Kollegen gelten als gewählt.

Alle gewählten Delegierten stehen auf dem Standpunkt der Kaffeler Verbandstagsbeschlüsse. Die Kommunisten, die in der „Roten Fahne“ den Mund recht voll nehmen, haben nicht einmal den Versuch gemacht, eigene Kandidaten aufzustellen. Sie wissen wohl am besten, wie sehr sie bei den Angestellten untern durch sind. Was sie freilich nicht hindern wird, auch weiter den Mund recht voll zu nehmen. Wenn man schon nichts mehr in den deutschen Gewerkschaften bedeutet, so muß man doch gegenüber Moskau so tun, als hätte man etwas zu sagen.

Die Folgen des Tabaksteuergesetzes.

Arbeitslosigkeit und Lohnmangel.

In der Versammlung der Zigarettenmaschinenführer und Betriebsarbeiter am Freitag im Metallarbeiterverbandshaus berichtete Branchenleiter Koch über die Manteltarif- und Lohnverhandlungen. Ueber den Hauptvertrag für die deutsche Zigarettenindustrie wurde bereits im Oktober in Dresden eine Einigung erzielt mit Ausnahme der Berliner Unternehmervertreter, die auf der alten Fassung bestanden, wonach auf ihre Anordnung bis 54 Stunden in der Woche gearbeitet werden könnte. Die Arbeitervertreter verlangten für die Ueberstundenleistung die Zustimmung des Betriebsrates. Die als überaus reaktionär bekannte Berliner Unternehmergruppe wiegelte noch einige andere Ortsgruppen auf, die dann ihre Zustimmung zu dem Vertrage im Oktober ebenfalls nicht gaben. Bezeichnend für die Arbeiterfeindschaft in der Berliner Unternehmergruppe sei ein Prozeß, den der Syndikus der Unternehmer für die Firma Carbatin kurzzeitig gegen 10 Väterinnen führt.

Die Väterinnen sollen der Firma 7840 M. zahlen, weil sie ihr in der Zeit vom 1. bis 15. Juli durch Verweigerung von Ueberstunden Schaden verursacht hätten! Die Väterinnen hatten während der heißen Sommerwochen schon an 45 Tagen bis 90 Ueberstunden geleistet und erst dann die Ueberstunden verweigert, als Krankheit und Ohnmachtsanfälle Platz griffen. Der Syndikus wagte vor dem Gewerbegericht zu erklären, daß der Reichsarbeitsgeberverband durch den Prozeß beweisen wolle, daß dem Unternehmer das Recht zusteht, 54 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen.

Durch nochmalige Verhandlungen mit den Unternehmervertretern in Dresden wurde in der Arbeitszeitfrage eine Einigung erzielt und der Mantelvertrag von beiden Parteien unterschrieben. Damit ist die 48stündige Arbeitszeit tariflich vereinbart worden. Koch ging dann weiter auf die außerordentliche Notlage der Tabakarbeiter ein, die durch das Tabaksteuergesetz hervorgerufen ist. Das Gesetz hat sich so ausgewirkt, daß

von 26 000 bis 28 000 Tabakarbeitern nur 12 000 bis 13 000 als Kurzarbeiter

beschäftigt werden, die anderen entlassen sind. Nun hat die Regierung wohl das Tabaksteuergesetz zum 1. Oktober in Kraft gesetzt, dazu aber bis heute noch keine Ausführungsbestimmungen erlassen! Laut Gesetz sollen alle die Arbeiter, die infolge des Gesetzes erwerbslos werden oder kurzarbeiten müssen, Unterstützung aus der öffentlichen Fürsorge erhalten. Die Auszahlung der Unterstützung ist aber der kommunalen Fürsorge überlassen worden und ihr vom Reich ein Zuschuß von 75 Proz. oder gar 100 Proz. zugesichert worden. Da es bei dieser Zusicherung bis jetzt meist geblieben ist und die Gemeinden ihr Geld nicht wieder erhalten, wirkt sich die Unterstützung als reinste Armenunterstützung

aus. Es wird erst die Bedürftigkeit des Erwerbslosen oder Kurzarbeiters geprüft und dann ganz verschiedene oder gar keine Unterstützung gewährt. Bei den Verhandlungen mit dem Reichsarbeits- und Finanzministerium brachten die Arbeitervertreter ihre Beschwerden und Anträge vor und erhielten die vielversprechende Antwort, daß ihre Wünsche und Beschwerden dem Reichsrat zu geleitet würden. Was soll bis zu dessen Entscheid mit den notleidenden Tabakarbeitern geschehen?

Die Versammelten nahmen dann noch Stellung zu dem von den Unternehmern geforderten Lohnabbau. In einer in geheimer Abstimmung einstimmig angenommenen Entschließung erklärten die Zigarettenmaschinenführer und Betriebsarbeiter auf Anraten ihrer Branchenleitung, die gestellte Forderung auf 5 M. Lohnhöhung in der Woche fallen zu lassen, eine Kürzung ihres Lohnes sich aber auf keinen Fall gefallen zu lassen. Sie beauftragten die Organisation, diesen Beschluß den Arbeitgebern zu unterbreiten und zu betonen, daß sie einer Lohnkürzung auch mit dem letzten gewerkschaftlichen Mittel begegnen würden.

Weihnachtsunterstützung arbeitsloser Mitglieder.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gewährt in diesem Jahre seinen arbeitslosen Mitgliedern eine besondere Weihnachtsunterstützung aus Mitteln der Hauptkasse. Es erhalten ledige Mitglieder 8 M., Verheiratete 12 M., dazu für jedes Kind unter 14 Jahren 2 M. Bezugsberechtigt sind alle Mitglieder des Verbandes, die diesem seit dem 1. Januar 1925 angehören und in der Zeit vom 18. bis 24. Dezember arbeitslos sind, ferner alle ausgefertigten Mitglieder. Gemahregelte Mitglieder, die in der genannten Zeitperiode noch Gemeindegeldern-Unterstützung beziehen, erhalten die Unterstützung ebenfalls.

Amsterdam mit oder ohne Moskau.

Entscheidung über die Einheitsfront.

London, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das Bureau der Amsterdamer internationalen Gewerkschaftsföderation diskutierte am Dienstag mit dem Generalrat des britischen Gewerkschaftsverbandes über das Verhältnis zu den russischen Gewerkschaften. Für Freitag ist eine neue Konferenz anberaumt worden, in der eine endgültige Entscheidung getroffen werden soll.

Die Krise.

Kurzarbeit bei der Gelsenkirchener.

Essen, 1. Dezember. (W.B.) Wegen Mangels an Aufträgen wird, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ erzählt, ab 1. Dezember in der Abfluhöhren- und Radiatorenfabrik der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. Kurzarbeit eingeführt und zwar in der Weise, daß nur noch in je drei Schichten der Woche abwechselnd von der Hälfte der Belegschaft gearbeitet wird. Ferner werden ab 15. Dezember etwa 450 Arbeiter der beiden genannten Betriebe vorübergehend der behördlichen Genehmigung zur Entlassung gelangen.

Weitere Arbeiterentlassungen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 1. Dezember. (W.B.) Die Arbeiterentlassungen in Düsseldorf nehmen immer katastrophalere Formen an. Jetzt wird bekannt, daß die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft auf dem Röhrenwerk in Düsseldorf 300 Mann, das Preß- und Walzwerk Reichholz und das Oberbiller Stahlwerk, beide zum Thyssen-Konzern gehörig, 220 Mann, die Maschinenfabrik Rheinland 150 Mann und die Zigarettenfabrik Reemtsma 180 Mann entlassen. Bei Rannesmann sind laut „Rölnischer Volkszeitung“ nahezu 1000 Mann beurlaubt worden.

Stilllegung der Zeche Werne bei Dortmund.

Wie der Bergbauverein mitteilt, sehen sich die Röhrenwerke wegen der dauernden großen Betriebsverluste auf den beiden Schachtanlagen I/II und III der Zeche Werne gezwungen, den Betrieb einzustellen. Die Gesellschaft erklärt, daß die neuerliche Erhöhung der Löhne in Verbindung mit der anhaltenden Verschlechterung des Absatzes jegliche Hoffnung auf ein Arbeiten ohne weitere größere Verluste, die bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht mehr tragbar seien, schwinden ließen. Die Einstellung des Betriebes soll mit Rücksicht auf die Belegschaft und die Gemeinde in Etappen erfolgen. Durch diese Maßnahme wird zu-

nächst die Kündigung von 500 Arbeitern und der entsprechenden Zahl von Beamten zum 31. Dezember notwendig. Die Gesamtbelegschaft der Schachtanlage I/II beträgt 3514 Arbeiter und 214 Beamte.

In Südwestdeutschland.

Stuttgart, 30. November. (Eigener Bericht.) Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Gehalts- und Lohnkürzungen nehmen in dem südwestdeutschen Industriegebiet immer kräftigere Formen an. Bei der Maschinenfabrik Gillingen und der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim ist eine Gehaltskürzung bei den Angestellten bis zu 30 Proz. durchgeführt worden. In Mannheim stehen die gesamten Handels- und Industrie-Angestellten in Kündigung mit dem Ziel, eine Herabsetzung ihrer Gehälter durchzuführen. Den Angestellten sind Reserve zur Unterfrist vorgelegt worden, durch die sie verpflichtet werden, ab 1. Januar 1926 auf die Vorzüge des Tarifvertrags zu verzichten, nachdem durch einen vom Landesfachlicher für verbindlich erklärten Schiedsspruch den Angestellten eine Gehaltserhöhung von 8 Proz. zugestimmt worden war. In Rundschreiben des Kartells der Mannheimer Arbeitgeberverbände wird auch zur Führung schwarzer Listen über rentierte Angestellte aufgefordert.

Die Arbeitslosigkeit steigt in erschreckendem Maße. Im Gebiet des Arbeitsnachweisbezirktes Karlsruhe beträgt die Zahl der Arbeitslosen 3975 (3125 männliche, 850 weibliche), in der Stadt Karlsruhe allein 3339. Im Gebiet des Arbeitsnachweisbezirktes Mannheim ist die Zahl der Arbeitslosen in einer Woche um 1171 gestiegen; sie betrug am 18. November 10 904 (7717 männliche, 3178 weibliche). Bei der Firma Lang in Mannheim sind 174 Angestellte gekündigt worden. Die Arbeiterentlassungen beschränken sich auch nicht mehr auf die Metallindustrie. Bezeichnend ist z. B. die nunmehr einsetzende Krise in der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes. Erst kürzlich bezeichneten die Geschäftsberichte der größten Firmen die Geschäftslage als durchaus befriedigend. Nunmehr kommt die Kunde von einer gewaltigen Absatzstokung zugleich mit der Stilllegung ganzer Betriebe. Die Arbeiterschaft der Uhrenindustrie in Schwaben hat in einer Versammlung zu der Lage Stellung genommen und beschlossen, sich gegen die Verluste der Unternehmer, die durch ein bis zum 31. Dezember geltendes, verbindliches und unabhängiges Tarifabkommen festgesetzten Löhne zu drücken, zur Wehr zu setzen. Mit einer Kündigung des Tarifabkommens zum 31. Dezember und schweren Auseinandersetzungen in der Uhrenindustrie muß also gerechnet werden. Der Rückgang des Absatzes in der Uhrenindustrie wird darauf zurückgeführt, daß im Hauptabsatzgebiet England infolge gesteigerten Exports im Hinblick auf die Mac-Kenna-Zölle große unverkäufliche Warenlager vorhanden sind, ferner auf die Konkurrenz der Inflationländer Frankreich und Italien.

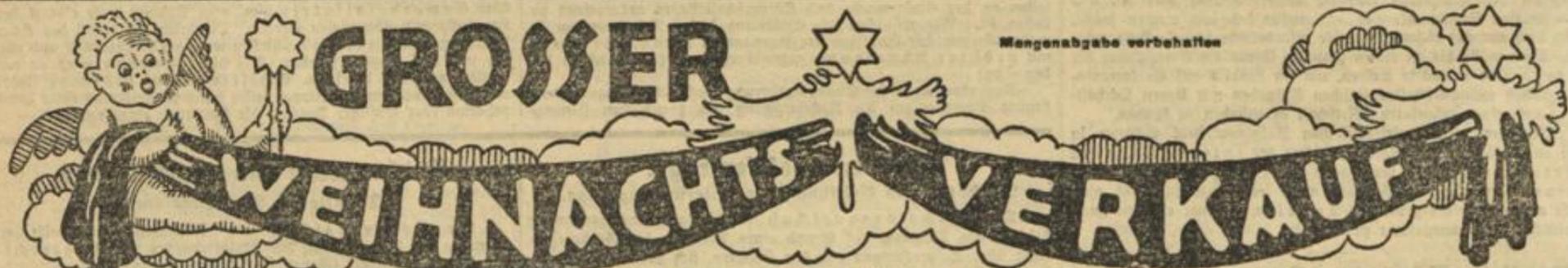
Die Verhandlungen in den Zentralausschüssen der österreichischen Post- und Telegraphenbediensteten über die schwebenden Forderungen, wurden gestern bis in die späten Abendstunden fortgesetzt. Nachdem in der schwierigsten Frage, der Erfolgsprämie, eine Einigung erzielt worden war, wurden die Verhandlungen bezüglich einiger Einzelfragen auf heute verschoben.

W.B.-Mitteiler des Gebirgsbauvereins und Bauhilfsvereins. Mittwoch, den 2. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr, in Boverlands Resthölle, Neue Friedrichs- oder Röhrenstraße. W.B.-Mitteiler-Versammlung. Gesinnungnahme zum Schließforum zur Reuektion der Gebirgs- und Bauhilfsvereine. Beschlüsse. Die unterzeichneten Verbände erwarten bestimmtes Erscheinen. Bund der technischen Anstellungen und Beamten. Deutscher Werkmeister-Verband. Rentalarbeiterverband der Anstellungen.

W.B.-Mitteiler des Bezirksvereins Kreuzberg. Donnerstag, den 2. Dezember, nachmittags 8 Uhr abends, im Restaurant von Bieler, Dierbachstraße 78. Versammlung aller W.B.-Arbeiter, Anstellungen und Beamten. Tagesordnung: Tages- und politische Situation. Referent: Genosse Bempert. Gäste willkommen. Schließen des Beschlusses. Der Präsidiumsreferent.

W.B.-Mitteiler des Bezirksvereins Kreuzberg. Donnerstag, den 2. Dezember, nachmittags 8 Uhr abends, im Restaurant von Bieler, Dierbachstraße 78. Versammlung aller W.B.-Arbeiter, Anstellungen und Beamten. Tagesordnung: Tages- und politische Situation. Referent: Genosse Bempert. Gäste willkommen. Schließen des Beschlusses. Der Präsidiumsreferent.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Satermann; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Revolution: A. S. Böcker; Vorkriegs- und Sozialismus: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin. Verleger: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner & Co., Berlin SW 46, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.



Teppiche ca. 67 cm breit, ca. 10 cm hoch 19 275 260 375	Prima Velours Permer Meister, Gr. ca. 160/170 cm 9 ⁷⁵ 100/200 92 ⁰⁰ 200/300 148 ⁰⁰	Gardinen Halbstores Ramin mit Einsatz... 175 250 350 Künstlergarnituren 3teil. Ramin m. Einsatz 475 618 875 Künstlergarnituren 3teilig, engl. Fall 375 506 75 Madrasgarnituren 3teilig, hellgrün 590 751 250 Bettdecken 2teilig, in verschied. Mustern 750 105 1250 Fallscheibengardinen m. Netz 38,65,95,75 Fallschalgardinen ... Netz 85,1 120 105 Madrasstoff ca. 110 cm breit, dunkel, grundig ... Meter 2,85 3,75
	Triumph hochartig, in neuen Mustern, Größe ca. 130/230 cm 12 ⁷⁵ 165/235 19 ⁰⁰ 186/280 26 ⁰⁰ 300/300 43 ⁰⁰	
	Pa. Wollperser mit Franzen Gr. ca. 160/170 cm 9 ⁸⁰ 22 ⁰⁰ 82 ⁰⁰ 123 ⁰⁰ 164 ⁰⁰	
Bettstellen weiss u. schwarz lack., 80/165 cm mit Stahlfeder- und Matratze... 18 50 hocharkt. Btg. 90/190 cm Stahlfeder- und Matratze, weiss u. schwarz lack. u. Kork, Zellenverarbeitung, Btg. Bezug Jute ... Gr. 80/165 cm 27 50 u. Kork, Zellenverarbeitung, Btg. Bezug Jute ... Gr. 90/190 cm 15 50 Matratzen u. Kork, Zellenverarbeitung, Btg. Bezug Jute ... Gr. 90/190 cm 16 50 Matratzen Bezug gestreift, Dreif. Gr. 80/190 cm 24 00 Gr. 90/190 cm 25 50 Ruhebetten solide Verarbeitung, mit Rollen... 45 00 37 50 Ruhebetten mit grossen Bettkissen... 115 00 79 50	Chinesische Ziegenfelle grau Gr. 50x80 cm 8 ⁰⁰ 80x100 13 ⁰⁰ 80x115 17 ⁰⁰ 80x130 20 ⁰⁰ gefärbt Gr. 50x80 cm 9 ⁵⁰ 80x100 14 ⁵⁰ 80x115 19 ⁵⁰ 80x130 22 ⁰⁰	Decken in verschiedenen Farben 550 850 975 Gobellingsgewebe 1250 1475 1930 Diwanddecken in verschiedenen Dessins ... 850 1570 1850 Diwanddecken Gobellingsgewebe ... 1950 2550 2950 Mohairdecken Wirbel u. Fellanstrichung 3930 Steppdecken Handarb. lt. Echo u. grüne ca. 1 00x100 cm, viele Farben 1950 Reiselecken gestreift, ca. 1350 ca. 1575 Möbelrips in vielen Farben, ca. 190 cm breit, 245
	Linoleum-Läufer grosse Musterwahl ca. 90 cm ... Meter 2 15 ca. 07 cm 2 45 ca. 90 cm 3 25 ca. 110 cm 4 10 ca. 135 cm 4 95 Linoleum-Auslegeware gemustert, ca. 90 cm breit ... Quadratmeter 2 90	
Bettwäsche Kopfkissenbezüge 1 45 Linon 1 75 2 50 Garnitur bestehend a. 2 Kissen, 1 Ueberziehen aus gutem Linon, mit Hochbaum 13 65 Deckbetibezüge 5 75 Linon 8 25 9 75 Betttücher ... Haastach 4 75 Dowlas 5 25 6 25 Kopfkissenbezüge mit 185 mit Lan-vette 2 45 Betttücher Baumwollfanel, weiss ... 3 45 Kopfkissenbezüge reich gestickt 3 50 3 95 4 25 Schlafdecken Jacquard, wollige Qualität, Größe ca. 150x200 cm ... 7 95	Daunen- u. Pflanzendaunen-Kissen in verschiedenen Formen und Grössen 1 75 95 Pflanzendaunen für Kissenfüllung ... Pfund	

HERMANN TIETZ Leipziger Str. 113, Frankfurt a. M., Allee

Für Erwerbslose und Notleidende!

Die Stadtverordnetenversammlung fordert zunächst 10 Millionen Reichsmark.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung konnte erfreulicherweise schon gestern über die für die Erwerbslosen und Notleidenden zuleistende Hilfe beschlossen werden. Der Ausschuss, dem in der vorigen Woche die eingegangenen Anträge überwiesen worden waren, hat schnell gearbeitet. Die von ihm gemachten Vorschläge wurden in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung durch die aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Linke angenommen. Zur Annahme kamen auch ein Antrag der Kommunisten, die sogenannte UEG-Schnellbahn und andere vom Kammerer abgelehnte Bauvorhaben als Notstandsarbeiten weiterzuführen, und ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Weiterführung der Untergrundbahnbauten fordert und sich gegen die Entlassung von Bauarbeitern der Nord-Süd-Bahn ausspricht. Die diesen Antrag begründenden Ausführungen unseres Genossen Ulrich und seine Befürwortung der Ausschussbeschlüsse wurden durch die Tribüne, die sich auch sonst während der Debatte recht lebhaft benahm, durch oft ganz törichte Zwischenrufe unterbrochen. Selbst wenn er Neugierigen Bürgerlicher anführte, um sie zu mißbilligen, laien manche Tribünenbesucher so, wie wenn das seine Ansichten seien — und sie ergingen sich in sinnlosen Geschimpfe. Den beschlossenen Forderungen, die sich zunächst auf das jetzt Erreichbare beschränken, wird der Magistrat, wie nach den Erklärungen des Stadtrats Genossen Brühl zu hoffen ist, seine Zustimmung nicht versagen können. Gerade weil verhindert wurde, daß man dem Magistrat etwas zurzeit Unmögliches zumute, ist ihm der Vorwand entzogen, mit Nein zu antworten.

In der gestrigen vom Vortrager Genossen Haß nach 27 Uhr eröffneten außerordentlichen Sitzung des Berliner Stadtparlaments wurde zunächst als letzter der noch nicht Berpflichteten Stadtr. Pastor Koch (Dnat.) vom Vortrager in Eid und Pflicht genommen. Sodann kam eine Anzahl von Dringlichkeitsanträgen zur Kenntnis der Versammlung. Von allen Parteien wurde die Einziehung eines Ausschusses von 17 Mitgliedern zur Prüfung der Frage des Baues eines Strahlenbahnhofes an der Friedericia- und Königin-Elisabeth-Straße in Westend gefordert; unsere Genossen verlangen, daß die von der Strahlenbahndirektion als unwirtschaftlich abgelehnte Durchführung von Strahlenbahnhöfen nach der General-Pape-Straße mit Rücksicht auf das dort liegende Hauptversorgungsamt wieder erfolgt. Beide Anträge wurden ohne Widerspruch angenommen; Stadtbaurat Adler stellte mit, daß ab 1. Februar die Linie 41 wieder durchgeführt werden soll. Annahme fand auch ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Deutschen Volkspartei, wonach der Magistrat der Versammlung rechtzeitige Gelegenheit geben soll, zu seinen Vorschlägen wegen Reform des Gesetzes Groß-Berlin Stellung zu nehmen. Die Versammlung trat dann in die Tagesordnung ein und bestätigte die Wahlen von Sonderausschüssen, Verwaltungsdeputationen usw., soweit darüber unter den Parteien bereits eine Verständigung erzielt ist; alle übrigen Wahlen wurden zurückgestellt. Auch über die Verteilung der auf die Stadtiliste gewählten Mitglieder auf die Bezirksversammlungen wurde nach längerer Erörterung eine Vereinbarung herbeigeführt. Eine Reihe von Quittationsanträgen, die die Gewährung von Vorschüssen, Teuerungszulagen und Gehaltserhöhungen bezwecken, überwies die Versammlung, um eine Beschlussfassung darüber noch vor Weihnachten zu ermöglichen, kurzerhand dem Beamtenausschuss. Im Zusammenhang hiermit teilte der Vortrager mit, daß für Dienstag, den 15. Dezember, ein Schwerinstag der Versammlung in Aussicht genommen ist. Vom Ausschuss für Angelegenheiten der Erwerbslosen ist am 30. November in Erledigung der 5 in der vorigen Sitzung beratenen Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Deutschsozialen betr. die

Bereitstellung von Mitteln für Winterbeihilfen
 usw. folgender Beschluß gefaßt worden:
 Die Versammlung ersucht den Magistrat, a) der Versammlung in der nächsten Sitzung eine Vorlage zu unterbreiten, durch die zur Bekämpfung der Not der Erwerbslosen und der sonstigen Unterstützungsempfänger zunächst die Summe von 10 Millionen Reichsmark käuflich gemacht wird, die den Wohlfahrtsämtern der Bezirke entsprechend den in den Bezirken vorhandenen Unterstützungsbedürftigen zur Verfügung gestellt werden; b) bei Reich und Staat darauf zu drängen, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alle geplanten Arbeiten unverzüglich in Angriff genommen und begonnene Arbeiten weitergeführt werden; c) die im Haushaltsplan vorgesehenen Arbeiten im Hoch- und Tiefbau sofort in Angriff zu nehmen, und beim Reich vorstellig zu werden, daß Mittel für weitere Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden; d) den Erwerbslosen, sowohl den Unterstützten wie den Ausgesetzten, je Familie und Monat mindestens 2 Zentner Kohle zu liefern; e) den Steueraussschuß sofort zusammenzuberufen, um über die Bereitstellung der Mittel für eine großzügige Unternehmungskaktion für Erwerbslose, Kriegsopfer, Sozial- und Kleinrentner sowie sämtliche Unterstützungsempfänger Vorschläge zu machen; f) bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß sie für die schnelle Beratung des Gehentourts über die Arbeitslosenversicherung eintritt.

Den Anträge unserer Genossen betreffs des Zustandes der Räume der Arbeitsnachweise wird im Verwaltungswege Entschlossen werden. Von unseren Genossen ist noch folgender Antrag eingebracht: Die Versammlung beschließt, insofern der großen Arbeitslosigkeit, die zurzeit herrscht, sofort Mittel bereitzustellen, um den Weiterbau der Nord-Süd-Bahn und der UEG-Bahn zu fördern. Weiter wird der Magistrat beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß Arbeiterentlassungen beim Bau der Nord-Südbahn nicht vorgenommen werden und die Arbeit fortgeführt wird.

Den Ausschussbericht erstattete Genosse Heitmann: Ueber die Beschleunigung einer Lösung der brennenden Frage bestand im Ausschuss eine seltene Einmütigkeit. Was der Ausschuss vorgeschlagen hat, wird auf allen Seiten als das Mindestmaß dessen empfunden, was der Augenblick gebietet. Der Ausschuss empfiehlt seine Vorschläge der Versammlung zur einstimmigen Annahme. Roth (Komm.) regte sich heftig darüber auf, daß die direkte Ueberweisung von Lebensmitteln, Kleidung und Schuhen mittels Bons und unter Heranziehung der Konsumgenossenschaft im Ausschuss mit der Begründung vom Magistrat abgelehnt worden sei, daß dann sofort eine allgemeine Verteuerung eintreten würde.

Genosse Ulrich: Im Ausschuss hat Herr Kollege Roth nichts von alledem vorgebracht, womit er sich hier im Plenum als ein extraqualifizierter Vertreter der Interessen der Erwerbslosen hinzustellen die bequeme Gelegenheit ergreift. Er greift auch ganz unbedacht den Magistrat an, der den Ausschuss direkt um eine Richtlinie anging. Wir haben dies gegeben; für den Antrag betreffs der zehn Millionen sondert sich Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten zusammen. — Mit großem Bedauern haben wir festgestellt müssen, daß der Magistrat trotz des Glendes der Arbeiterbevölkerung den unbegreiflichen Beschluß gefaßt hat.

Das Personal am Bau der Nord-Südbahn bis 1. Februar um 50 Proz. zu verringern.

Daher unser Zusatzantrag. Das Geld muß von Reiche zu haben sein; es ist ja der aus Arbeitermitteln aufgesammelte Hundertmillionenfonds da. Hoffentlich ziehen die Kommunisten wie im Ausschuss ihren heute wieder eingebrachten Antrag zurück.

Stadtrat Genosse Brühl bezieht sich auf die in voriger Sitzung von ihm abgegebenen Erklärungen, wonach schon seit Monaten auch zwischen den Wohlfahrtsämtern und der Erwerbslosenfürsorge ein enges Zusammenarbeiten statt hat. Am Freitag werde der Magistrat über die Anträge beschließen, die jetzt in der Versammlung zur Diskussion stehen und denen er sicher weit entgegenkommen werde. Mit ausschlaggebend bleibe aber immer die Finanzlage der

Stadt. In die gesetzlichen Bestimmungen sei schließlich doch auch die Kommune Berlin gebunden. Der Demokrat Hugo Sommer verworf den Ruder der Unterstützung durch Bons auf Lebensmittel usw. im Wege der Heranziehung der Konsumgenossenschaft auch aus dem Grunde, daß dadurch viele kleine Händler in Mitleidenschaft gezogen werden würden und mochte sich nicht auf die zehn Millionen — die ja vielleicht gar nicht reichen würden — sondern nur auf die „erforderlichen Mittel“ festlegen. Müller-Franken (Wp.) bot seine ganze Beredsamkeit auf, um die Verammlung vor der Versuchung zu bewahren, dem „Tobfisch des gewerblichen Mittelstandes“, der Konsumgenossenschaft, auch nur den kleinen Finger zu reichen. Frau Ulrich (Dnat.) sprach sich überwiegend sympathisch für den Ausschussantrag aus.

Nach 9 Uhr wurde ein Schlusstrantrag angenommen. Im Schlusswort stellte Gen. Heitmann als Ausschussvorsitzender fest, daß in der Kontagsverhandlung alle Mitglieder in ernsthafter Weise mitgearbeitet haben, und sprach sich gegen jede Abchwächung der Ausschussvorschläge aus. Die Abstimmung hatte das vorausgesehene Ergebnis: unter Ablehnung aller abschwächenden Anträge drang der Ausschussantrag mit großer Mehrheit durch. Darüber hinaus fand auch der Antrag unserer Genossen, betreffend die Nord-Süd- und UEG-Bahn und ein noch weitergehender der Kommunisten, der u. a. als Notstandsarbeiten sofort den Durchbruch der Französischen Straße und die Untertunnelung des Potsdamer Außenbahnhofs in Angriff genommen wissen will, eine große Mehrheit. Abgelehnt wurden dagegen die Anträge der Kommunisten auf sofortige Auszahlung einer einmaligen Unterstützung von 100 M. an jeden Erwerbslosen (und 25 M. an jeden Familienangehörigen) und der vereinigten 6 Völkischen und Deutschnationalen auf sofortige Zahlung von 50 M. Die Tribüne quittierte auf diese Ablehnungen mit stürmischem Beifall und tobte noch nach dem gegen 10 Uhr erfolgten Schluß der öffentlichen Sitzung eine geraume Weile fort.

Sie tanzen . . . das Volk aber hungert!

Der „Blau-Weiß-Club“ ist eine feudale Vereinigung wohlhabender Herrschaften, die für diesen Winter der Not keine vornehmere Sorge hat als die, wie sie einer neuen Tennisanlage auf die Beine helfen kann. Der „Blau-Weiß-Ball“ im Hotel Esplanade sollte diese grandiose Sache finanzieren. Der Hofbericht der „B. Z.“ weiß zu melden, daß eine ungewöhnliche Bevölkerungsdichte (!) herrsche und daß am Ausgang „Wasskörbe mit Geldscheinen und Säcke Hartmetallgeld durchgezählt“ wurden. Für ihren Tennisplatzrummel haben also diese Herrschaften „Wasskörbe mit Geldscheinen“ übrig. Und in diesem Fall sind das alles Goldmark, kein Inflationsschrott. Das sind aber vielfach dieselben Leute, die jetzt die Arbeiter und Angestellten zu Tausenden auf die Straße werfen mit der Begründung, daß ihre Betriebe die Belastung nicht mehr tragen können. Kögen die Proletarier verhungern, wenn nur der Tennisplatz hergestellt werden kann, zu dem angeblich die Stadt Berlin auch noch den Grund und Boden geschenkt haben soll. Zu dieser in der „B. Z.“ aufgestellten Behauptung wird sich der Magistrat wohl noch äußern.

Während hier die Blau-Weiß-Clubisten ihre überflüssigen Gelder nachsorbieren abtiefen, tanzte eine „Skagerrat-Gesellschaft“ im Zoo. Natürlich war das alles sehr und elegant, „raffige Männer und blonde schlante Mädels“. Der reinblütige Arier war für alle Eventualitäten versorgt. Natürlich herrschte die schwarzweiße Flage. Ab wie war das doch mit Skagerrat? Saufen dort nicht Tausende von braven Seeleuten in ein schauriges Wellengrab? Und im Andenken an diesen Majestätsanzug die Skagerrat-Gesellschaft unter der Fahne Schwarz-Weiß-Rot? Ist diese „Gesellschaft“ etwas anderes wert als den Untergang?

Ein völkischer Feld!

Wie erinnerlich, hatten sich anlässlich der diesjährigen Versammlung der Hatentkreuzerorden am Potsdamer Platz versammelt, um Ballanten zu befechtigen und die zum Zwecke der Begründung der österreichischen Verfassungsteilnehmer erteilten Transparente zu befechtigen. Es kam am Montag, den 10. August d. J., zu wiederholten Zusammenstößen verfassungstreuer Staatsbürger mit diesem Gefindel. Bei einem dieser Zusammenstöße gelang es mit Hilfe der Schutzpolizei und einiger Reichsbannertraktanten einen Hauptanführer der „Völkischen“, Paul Meyer, trotz seines und seiner Mitbewerber heftigsten Widerstandes festzunehmen. Dieser Meyer hatte sich nimmehr am 28. November d. J. vor dem Schöffengericht Berlin, ab-

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Was sollte nun werden? Sie grübelte. Am liebsten würde sie weglassen. Wenn sie das nun täte?! Dann brauchte sie nicht zu sehen, wie er sie auf den Schoß zog, wie sie miteinander schön taten, wie die Liebespaare, die sie mehr als einmal auf den heimlichen Bänken im Tiergarten angetroffen hatte. Es stieg ihr heiß zu Kopf, wenn sie sich das vorstellte.

Wie lange die beiden ausblieben! Wie sehr, sehr lange! Die Stunden wurden Eva zu Ewigkeiten. Sie langweilte sich sehr. Am liebsten wäre sie aufgestanden, hätte sich ihre Puppe Liselotte vorgeholt. Aber nein, um mit der zu spielen, war sie jetzt viel zu groß. War sie denn nicht schon bald erwachsen? Sie fühlte sich heute schon alt, gar kein Kind mehr. Und sie durfte ja auch gar nicht aufstehen, sie mußte im Bett liegen bleiben wie eine ganz Kranke. Dann würde die Mutter sich ängstigen. Eva drückte die Augen zu, verzog ihr Gesicht schmerzhaft und stöhnte leise. Wenn sie so dalag, würde die Mutter sich sehr ängstigen. Das geschah ihr ganz recht; warum tief sie auch mit einem jungen Mann fort, und warum wollte sie den heiraten?! O, wie war es so entsetzlich langweilig und einsam hier! Aber nicht aufstehen, nein, nicht aufstehen, liegen bleiben und krank sein. —

Die Stunden, die Eva zu traurigen Ewigkeiten wurden, vergingen den beiden schnell. Erst war Olga recht verstimmt gewesen, es qualte sie: Eva würde doch nicht wieder ernstlich krank werden? Aber der helle Sonntag tat das seine, er lächelte in dies Frauenherz, das bis jetzt nur das eine gekannt hatte: die Liebe, die Sorge für das Kind. Der Mann an ihrer Seite drückte leicht ihren Arm näher an sich. Sie fühlte die lebendige Wärme, die von ihm ausströmte, und da kam ihr doch auch noch ein anderes Gefühl. Hans war so lieb, Hans sprach so herzlich, wie nett sie es haben würden. Olgas kleine Wohnung war ja groß genug, mit den alten Möbeln war die so behaglich, und sie würde noch behaglicher sein, wenn er erst seine Liebesgaben anbrachte. Am liebsten würde er gleich dableiben. Und er drückte ihren Arm noch fester und sah sie verliebt in die Augen.

Nein, gleich, davon konnte keine Rede sein! Olga erzödete tief unter seinem Blick. Aber wenn es denn wirklich

sein sollte, daß sie zusammen kamen, wenn er denn ernstlich darauf bestand, eine zu heiraten, die so viel älter war als er, die schon eine Tochter hatte, die binnen wenigen Jahren besser zu ihm gepaßt haben würde, dann würde sie vorschlagen, daß sie kurz vor Weihnachten Hochzeit machten. Bis dahin waren noch acht Wochen; das war nicht mehr lang und doch noch lang genug, denn, wenn sie ja auch kein Fest daraus machen wollte und es keiner großen Vorbereitungen bedurfte, so hatte sie doch vorher noch manches zu erledigen.

„Ach was denn, Unfimm,“ sagte er ungeduldig. „Was ist denn da zu erledigen? Wir gehen aufs Standesamt, und damit Punktum.“

Sie nickte gewiß. Und dann seufzte sie leicht. Aber sie brauchte doch noch die Zeit bis dahin — die Zeit, sich daran zu gewöhnen. „Sei nicht böse,“ bat sie und sah ihn liebevoll an, „du mußt bedenken, für mich ist es doch eine große Veränderung und“ — ihre Stirn kraufte sich ein wenig — „für Eva auch. Und dann — und dann —“ sie sehte ein paarmal an, es wurde ihr nicht ganz leicht, es zu sagen: „Ich weiß nicht, ob du mich darin so verstehen wirst. Du bist jung, du hast vielleicht noch nicht ganz das Gefühl darin, wie ich. Später wird man anhänglicher, man begreift immer mehr, was die Eltern um einen gelitten haben, man ist auch anhänglicher an seine Erinnerungen, an all das, was einst gewesen ist — siehst du, ich muß vorher einmal noch nach Hause. In die Gräber meiner Eltern, an den Ort, in dem ich Jahre gelebt habe, als ich die Jahre, und“ — sie holte tief Luft — „wo ich auch Schwere erlebt habe.“

„Na, natürlich begreife ich das. An die Gräber deiner Eltern — ich habe meine Eltern auch sehr gerne gemocht. Aber was hat das mit unserer Hochzeit zu tun? Darum können wir doch heiraten. Dann fährst du eben nachher.“

„Nein,“ sagte sie fest. „Ich fahre vorher. Ich muß alles vorher abmachen. Nachher — nein! Dann muß das alles dahinten sein und dahinten bleiben.“ Sie fuhr mit der Hand durch die Luft, als vercheuche sie etwas, wies ihm seinen Platz an in weit zurückliegender Ferne. Und dann lächelte sie den jungen Mann an: „Nachher gehöre ich ganz dir.“

„Ich warte ungern so lange,“ sagte er. „Greulich! Aber wenn's denn nicht anders ist!“

Sie hörte seinen Seufzer, sah die Ungebuld auf seinem Gesicht, und es tat ihr selber leid, es wäre leichter gewesen, gleich mit beiden Frühen hinein, ohne noch lange Zeit zum Bedenken zu haben. Aber in der letzten Woche, als sie keine Nacht mehr richtig geschlafen hatte, denn sie fühlte, jetzt nach-

die Entscheidung, wußte sie auch, daß sie noch einmal in die alte Heimat mußte. Erst dann konnte sie daran denken, sich ein neues Leben aufzubauen, würde auch den Mut dazu finden, die innere Ruhe. Sie mußte am Grab des Vaters stehen; freilich sprechen konnte sie nicht mehr mit ihm, seine Stimme nicht mehr hören. Aber hören konnte sie noch von einem anderen: von jenem, von Evas Vater. Das war der Hauptbeweggrund ihrer Reise. Unbewußt war ein Wunsch zuerst in ihr aufgeleimt, wie ein scheuer Trieb, dann aber immer mehr emporgeschossen, stärker gewachsen: du mußt hin, mußt dich erkundigen nach ihm, nach Manfred Berndorf. Eva hat ein Anrecht darauf. Es war doch zu traurig, ganz wider die Natur, daß ein Kind gar nichts von seinem Vater wissen sollte.

Wo lebte Manfred? Was war aus ihm geworden? Wie erging es ihm jetzt? Alles kann man doch nicht vergessen. Olga seufzte: es war merkwürdig, jetzt, gerade in dieser Zeit, in der ein anderer Mann sich ihr werbend näherte, jetzt, da es nur an ihr lag, um ihm das Ja zu geben, sich dem für das Leben zu verbinden, mußte sie mehr an den Geliebten ihrer Jugend denken, an Manfred Berndorf, als sie in all den Jahren an ihn gedacht hatte. Und nichts von Groll war mehr in diesem Denken. Sie dachte keiner mit einer stillen Wehmut und hoffte, daß es ihm gut ging.

Es war nun bestimmt, daß die Hochzeit in der letzten Woche vor'm Weihnachtsfest sein sollte, drei Tage vor Evas zwölftem Geburtstag. Hans Blechhammer hatte sich darein gefunden, zu warten, und Olga benutzte jede freie Stunde, die ihr blieb, um alles, was ihr zu einer guten Ehe zu gehören schien — Möbel, Betten, Wäsche — in bestem Stand zu legen. Sie war unermüdet darin; es machte ihr auch Freude, so zu schaffen und zu sorgen. Die halben Nächte mußte sie zwar opfern, aber das würde ja nachher alles besser werden. Es überkam sie oft mitten in der Arbeit ein Frohsinn. Was Eva noch nie gehört hatte, das hörte sie jetzt: die Mutter sang. Sie trällerte sich etwas — es war schon um die Mitternacht — Eva wurde wach darüber.

Zum Totensonntag wollte Olga in die Heimat reisen, das Grab des Vaters besuchen. Wenn sie Sonnabend mit dem Nachtzug fuhr, hatte sie dort dann den Sonntag und fuhr gleich in der folgenden Nacht wieder zurück. So veräumte sie nichts von der Arbeit.

(Fortsetzung folgt.)

Mischka.

Von A. Trenjow.

(Aus dem Russischen überlezt von Sinaida Rabincwitsch.)

Schon im Herbst waren Fälle von Hungersnot vorgekommen, nach Weihnachten aber selbste er sein großes Fest. Er ging von Haus zu Haus und ließ dort ausgehungerte Leichen zurück, häufiger noch schleppte er sie in die Straßen, in den Schatten der Säune, warf sie heimlich vor fremden Schwelken nieder. Der Tod nahm alle der Reihe nach: Kinder, die sich vor ihm noch nicht ängstigten, und Alte, die in ihrem langen Leben den Tod zu fürchten gelernt haben. Und noch dem Epiphaniastage erschien im Dorfe jemand, der noch viel schrecklicher als der Tod war. Aus zwei Bauernhöfen verschwanden Kinder: zuerst ein dreijähriges Mädchen, eine Woche danach — ein Junge. Man suchte im ganzen Dorfe umher, in den Brunnen, hinter den verfallenen Wänden, in den Schneehaufen, nirgends waren sie zu finden. Es war klar: Die Kinder wurden von jemandem gestohlen und aufgeessen. Aber von wem? Zufällig sah man einen Zigeuner mit einer Zigeunerin durch das Dorf gehen. Sicher waren es diese! Bolter Entsetzen schleppten die Mütter ihre Kinder ins Innere der Hütten, damit sie dort starben.

Mischka hat aber niemanden, der ihn verstecken könnte. Vater und Großmutter sind vor Hunger gestorben, an die Mutter erinnert er sich nicht. Dagegen muß man vor ihm selber die noch am Leben gebliebenen Katzen verstecken. Da kriecht er durch die Straße am Jaun entlang, den Leib flach in den Schnee gedrückt. Eine graue abgemagerte Katze sitzt an der Stelle des Jaunes, wo sich vormals das jetzt verfallene Tor befand. Und im Hofe, jenseits des Jaunes, schleicht ihm ein ausgetrockneter, mit Schafschellen bedeckter Alter entgegen. Kaum erscheint Mischkas Kopf im Lormweg, schwingt der Alte den Stock und schlägt auf ihn ein. Die Katze entsetzt. Mischka wühlt sich in den Schnee ein und der Schnee, der locker wie Watte ist, färbt sich schnell blutrot um seinen Kopf. Der Alte verfehlt ihn fluchend einen Fußtritt in die Flanke. Mischka steht auf, und während er sich das Gesicht mit seinem langen Kermel abwischt, läuft er weinend davon. Beim Laufen fallen ihm die ausgetretenen Schuhe immerfort von den Füßen herunter. Er bleibt stehen, steckt die geschwollenen Füße wieder hinein und läuft weiter. Auf dem Schnee aber bleiben hellrote Tropfen zurück.

„Was,“ flucht Wanjka Surik, „du Teufelskind hast wohl Appetit auf Katzenfleisch? Warte erst bis du größer wirst.“

Surik selbst ist groß und dürr wie eine Hopfenstange, nimmt große Schritte und schlägt fortwährend mit dem Kopf gegen den gekrümmten Rücken, als ob ihn eine unsichtbare Hand vor die Stirn stöße; die eingedrückte Nase sitzt ihm tief im Gesicht. Im Vorübergehen blüht er in das Innere der Bauernhöfe und schreit mit einer bellenden, von Kälte rauhen Stimme:

„Schon wieder sind die Wege nicht gefegt! Und drinnen muß der Epidemie wegen auch alles sauber sein! Sonst werde ich vom hochpolitischen Standpunkt aus vorgehen!“

Schon den dritten Tag hat Mischka nichts gegessen. Es ist vorauszusetzen, daß die Wege sich auch weiter nicht ändern wird. Die kleinen Kinder werden noch hier und da färglich gefüttert; sie tun einem ja leid. Aber Mischka, der im vorigen Jahr schon die Schule zu besuchen anfing, wem sollte er leid tun?

Also muß er nach der Stadt wandern. Er geht auf die Landstraße — viel Volk zieht dahin. . . . Mancher wird an sein Ziel gelangen, mancher — im Schnee liegen bleiben.

Auf bekanntem Wege erreicht Mischka die Hauptstraße. Dröhnend und klingelnd laufen dort die Straßenbahnwagen, die Autos tuten, die Glocken läuten. Früher liebte er dies alles so sehr, jetzt liebt er es gar nicht mehr; die Wagen und die Autos machen ihn schwindlig, es faßt ihm in den Ohren. Plötzlich erklingt M. St. Viele Menschen mit roten goldgestickten Fahnen. Manche Worte darauf kann er entziffern:

„Es lebe“ . . . „Fluch“ . . . „Alles für die Kinder“ . . . „Nieder“ . . . „Die Blumen des Lebens“ . . .

Ein Lastauto bleibt stehen — aus seinem Innern rogen, gleich Stöcken, nach allen Seiten nackte, starre Arme und Beine heraus. Hinter den großen Schaufenstern, an allen Wänden — ein und daselbe Bild: ein Herr mit aufgeworfener Nase zeigt seine Zähne — „Max Vinder“.

Au, dieser verfluchte Imperialist! . . . Eigentlich möchte man ausspucken, aber Mischka hat keinen Speichel im Mund.

Auf dem Bürgersteig unter den Fenstern und neben den Laden-türen liegen Menschen und stöhnen. Die einen lauter, die anderen leiser. Manche schweigen. Gerade unter Max Vinder wälzt sich ein Bauer mit langem Bart und entblößtem Rücken. Er heult laut, wie ein Wolf in der Steppe hinter dem Dorf. Die Vorbeigehenden weichen vor ihm scheu zur Seite. Hinter der Tür eines großen Ladens sucht sich Mischka nach seinem Geschmack ein sonniges Plätzchen aus; er legt sich hin und fängt an sich zu wälzen und zu schreien. Schreit lange; Hunderte und Tausende von Menschen gehen vorbei, die Sonne versinkt hinter dem großen Hause, aber niemand gibt ihm etwas. Man sieht ihn nicht einmal. Vielleicht schreit er nicht laut genug? Nun beginnt er so durchdringend zu schreien, daß es ihm selbst in den Ohren gelst.

„O weh! Ich muß jetzt sterben, o weh, Dunkelheit, o weh, Lantchen, nur mir sollt ihr geben! Ich bin so gut wie tot! O weh, o weh, o weh!“

Und je länger er schreit, desto lauter wird sein Schreien, bis aus dem Laden ein Mann heraustritt, ihn an den Ohren packt und fortzuschlepp.

„Ich werde dir das Sterben schon beibringen, du Lump!“

Ein alter Herr in einem abgehackten Pelz, mit nach außen gekehrem Fell und weißen Leinwandhosen, betrachtet ihn durch seine goldene Brille und, während er den silbernen Bart bis an Mischkas Gesicht neigt, sagt er streng:

„Mit so einer Stimme stirbt man nicht, Brüderchen. Bist noch ein Kind und sim-lieft schon und lägst. Die dort, die wirklich tot sind, schreien nicht.“

Es ist klar: aus diesem Geschäft wird nichts. Mischka steht auf und geht weiter. Er geht die Straße entlang, biegt in eine andere ein und kommt zum Markt.

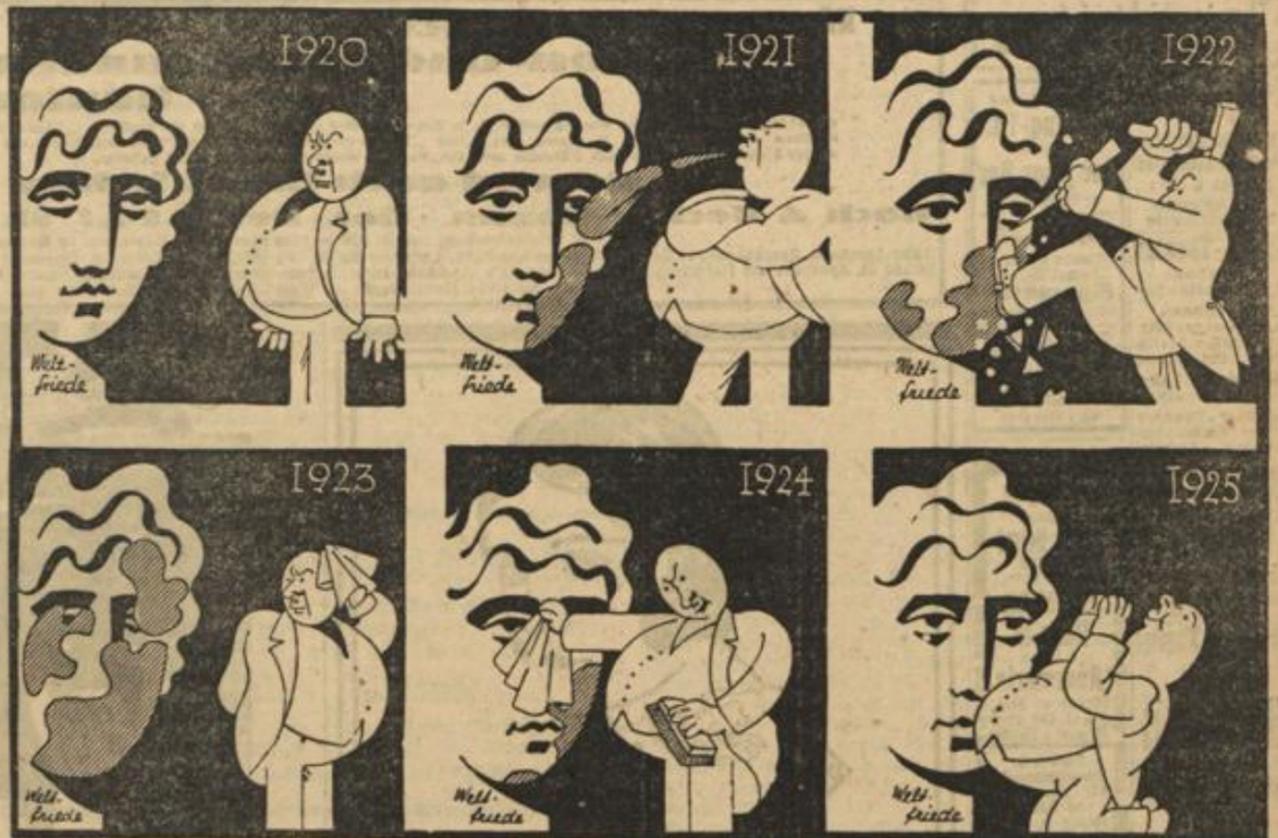
„Steine fürs Feuerzeug!“

„Soda für den Tee!“

„Bitterer Pfeffer, Zitronensäure!“

„O weh, o weh, ich sterbe!“

Hier, Bürger, hier gibt's das sichere Glück! Es kostet nur 200 000. Vorchen, siehe der Bürgerin den Glückszettel heraus!“



Der deutsche Bürger im Wandel der Zeiten.

Mischka begibt sich zum anderen Ende des Marktes. Dort wandern stumm und Gespenstern gleich Hunderte von abgekehrten Menschen, behangen mit allerlei Zeug. Er sieht Wanjka Surik sich einer Dame mit lehmfarblichem Gesicht nähern; die Dame trägt in den Händen eine Gitarre und einen Wexer und über der Schulter hängt ihr noch ein Unterrod herunter. Wanjka betastet den Unterrod, besichtigt die Gitarre und den Wexer. Mischka bleibt stehen, um zuzuhören, aber es ist ihm, als ob der Wexer sich in seinem Kopf eingebohrt hätte und dort unaufhörlich klingelte. Er hält sich mit den Fingern die Ohren zu und geht weiter.

Plötzlich riecht es nach Brot: eine Reihe von Tischen mit Brot-läuben darauf, die so schwarz wie Rot sind. Am äußersten Tisch schneidet ein rotbärtiger Mann das Brot mit einem langen Messer, mit der einen Hand wägt er das Brot und rechnet mit den Käufern ab, mit der anderen fuchstet er mit dem Messer vor den sich an den Tisch Drängenden herum. Am benachbarten Tisch stehen zwei Verkäuferinnen, eine verkauft, die andere wehrt sich mit einem Gemischt. Drei schlechtbedeckte Jungen führen zu ihrer Erwärmung einen wilden Tanz um den Tisch auf. Der eine singt:

Als kein Sowjet war vorhanden,
War es Nacht in unsern Landen.

Der andere antwortet:

Seit der Sowjet uns entstand,
Ist es hell im ganzen Land.

Mischka drängt sich vorsichtig an den Tisch heran, packt das am äußersten Rande liegende Brot, bohrt seine Zähne tief hinein und ergreift die Flucht. Man halt ihn ein, schlägt ihn auf den Kopf, auf die Augen, in die Zähne, er aber, den Kopf zur Erde gebeugt, ist und ist ohne aufzuhören. Als man ihn zu schlagen aufgehört hat, war die eine Hälfte des Brotes ausgezehrt, die andere lag aber tief im Innern seiner hohlen versteckt.

Am Abend ging er zurück und spuckte mit lustiger Miene Blut aus. Als er in die Nähe des Dorfes kam, mußte er sein verschwo-lenes Gesicht mit Schnee.

„Heil! Fort vom Weg!“

Ein Schlitzen überholt ihn. Drinn sitzt Surik und eine Dame mit lehmfarbigem Gesicht, die mit dem Wexer und der Gitarre.

Die Sonne sinkt zum Schlofe in den rissigen Schnee nieder, über Mischkas Haupt neigen sich die mit Brillanten behangenen Weiden.

Seit der Sowjet uns entstand,
Ist es hell im ganzen Land,

singt fröhlich Mischka und stopft sich den Mund voll mit Brot.

Eva, Anna und Ilse.

Keine Liebesgeschichte von Max Barthel.

1. Die Oberflüche.

Die Stadt Senftenberg ist ein nichtselgendes Provinzstädtchen mit kleinen Häusern, schmalen gepflasterten und breiten unge-pflasterten Straßen, den üblichen Kirchtürmen, Gasthöfen und Dent-mälern, alles zusammen auf eine Formel gebracht: freundlich und langweilig. Sonne scheint, Wind weht, Schnee fällt, das Jahr dreht sich vorüber. Im Wind des Jahres, im Regen, im Schnee weht nun der seine bittere Kohlenstaub der nahen Gruben und Bricketfabriken. Der schwarze Staub liegt auf den Wegen und Straßen, er brennt in der Kehle, sitzt blüter auf der Zunge und beißt in den Augen. Und nun ist diese Stadt plötzlich nicht mehr langweilig. Sie ist eingefaßt von lauter Kohlbarkteilen, von den großen finsternen Gruben, in denen jedes Jahr viele Millionen Tonnen Braunkohle im Tagebau ge-wonnen werden.

Geht man am Abend durch diese Stadt und verläßt ihre Straßen, zucken am dunklen Himmel die Lampenreihen des Bahnhofs, grelles Licht und rote Signale, grüne Signale, und weiter draußen hängen im grauen Nichts die Lampen der donnernden Fabriken, die prächtigen und verlassenen Lichter der tiefen Gruben. Hochauf rogen mächtige Halden, die wie Särge in diese Landschaft hineingestellt sind. Die Landschaft ist Sand, endloser Sand, auf dem verkrüppelte Riesenwälder, zitternde Birken, sehr traurige Bergmannsbedlungen und kleine verschmutzte Dörfer wachsen.

Die großen Werke leuchten durch die Nacht. Die vielen Pressen, in denen der seine Kohlenstaub in die richtige Bricketform gebracht wird, stampfen rhythmisch, sind umbampft, umflirt, umbunstet. Auf schmalen Bändern laufen aus den Räufern der Pressen die fertigen

Kohlen nach den Gleisanschlüssen der Eisenbahn, hin zu den Waggons, um dann in langen Zügen abzurufen, nach Berlin, nach Dresden, nach Kiel, nach Hamburg; Industriekohle für die Fabriken und Bäckereien, Hausbrand für die großen Wohnkasernen der vielen Städte.

Die Dunkelheit kommt mit kühlem Nebel und schwarzen Tüchern. Die kleine Stadt ertrinkt, versinkt, ist unwichtig mit ihren achtzehn-tausend Einwohnern, die dort haufen. Wichtig sind die Gruben, die Fabriken, die fünfundsundzwanzigtausend Arbeiter aus den Dörfern des Industriegebietes, die in den Gruben, auf den Abraumplätzen, an den Bumpen, Raschinen und in den Bricketfabriken Tag und Nacht schuften.

Ja, schuften. Halb sechs Uhr rufen die Streifen zur Arbeit. Um sechs Uhr ist Schichtwechsel. Zweimal jeden Tag rufen die Streifen. Jeden Morgen und jeden Abend. Die Schreie der Gruben und Fabriken teilen den Tag. Reihen ihn in Fegen. Tag ist zweimal zwölf Stunden Arbeit. Tag ist immer, auch in der Nacht, Tag ist die Zeit, in der Kohle gebrochen wird, zermolten, getrocknet, ausgepreßt, gelagert, gekühlt, gepreßt, verladen, abgefahren.

Die gebrochene Kohle kommt aus den Gruben und der Ingenieur weiß ganz genau, wieviel Prozent Wasser sie enthält, vierzig bis fünfzig Prozent, je nach der Güte des Berges, je nach der Bitterung. Bis zu vierzehn Prozent wird das Wasser in der stinkenden Fabrik ausgepreßt. Das alles weiß der Ingenieur. Kohle mit vierzehn Prozent Wasser ist auf den Laufbändern wie trockener, rieselnder Staub.

Die Generation der Niederlausitzer Bergarbeiter ist durch vierzig Jahre Bergbau gegangen, durch den Krieg und die Inflation und als Arbeitskraft wohl nicht mehr hundertprozentig, trotzdem durch Statistiken bewiesen werden kann, daß die Leistung der Vorkriegszeit reichlich überschritten wird (einiges davon mag auf die technische Ver-vollkommenung der Werke gehen); aber die Ausbeutung der Arbeiter, die grausame Presse durch das Zweischichtensystem holt das letzte Atom Kraft aus den Knochen. Vierzig Jahre kann ein Bergmann arbeiten, ehe er „bergfertig“, das ist arbeitsunfähig, ist. In den Geschäftsberichten von fünf der größten Gesellschaften kann man nach-lesen, wie sehr die Arbeiter ausgepreßt werden: über zwölf Millionen Mark Nettogewinn in einem einzigen Jahr!

Rechnet selbst aus, wieviel die Profitrate eines einzelnen Berg-manns beträgt. Und wollte man untersuchen, wieviel nur ein einziger Mann Kohle gefördert oder Bricket gemacht hat: das End-ergebnis wäre höhere Mathematik und ewige Heizung einer großen Fabrik oder kleinen Stadt. Und als Profitrate? Zwölf Millionen durch fünfundsundzwanzigtausend (auf die Beamten und Direktoren wollen wir den ver-schleierte Gewinn rechnen), also sicher mehr als das teuerste Auto, mehr als vier Monate Luftreise an den Nil oder ein Tripp um die Welt.

Immer noch stampfen die Pressen, flirren die Maschinen, laufen die mit Kohle gefüllten Bänder und Waggons. In der schwarzen Tiefe der Gruben trocken und polstern die Kohlenberge zusammen. Die Lichter brennen die ganze Nacht. Bald blühen auch die Lampen der kleinen Stadt auf. Auf dem Heimweg sieht man einen schlammernden Kolof mit dreißig erhellen Fenstern: das Krankenhaus der Kohlenstadt, das größte Gebäude, viel größer als die Kirche, größer als das Gericht. In den Fieberkurven und Eingangsbüchern dieses Hauses kann man ganz genau nachlesen, zu wieviel Prozent die Arbeiter ausgepreßt werden.

Das Jahr 1924 forderte im mitteldeutschen Braunkohlenrevier 1227 Opfer: 162 Tote und über tausend entschädigungspflichtig Ver-letzte. An den Motoren, Transmiffionen und Arbeitsmaschinen ver-unglückten 108 Männer, durch den Bahnbetrieb 428, durch elektrischen Strom 17, durch Zusammenbruch und Einsturz 256 Arbeiter, durch feuergefährliche und ährende Dämpfe 51, durch Fall von Leitern, Treppen und aus Läden 99 Mann und durch Splitterschlag und andere Dinge 139 Menschen.

Auch diese Statistik muß man lesen und nicht nur die schön auf-gemachten Bilanzen von Ilse, Eva, Anna, Bertha und Renate und wie sonst die Gruben-des-Kohlen-uns alle noch heißen.

(Schluß folgt.)

Im Jahre 1925 1 1/2 Millionen Fremde in Italien. Bekanntlich ist der Fremdenzustrom nach Italien während des Krieges stark zu-rückgegangen; erst seit 1920 beginnt sich die italienische Fremden-industrie langsam wieder zu erholen, um voraussichtlich in diesem Jahre eine Rekordziffer zu erreichen. Dies geht am besten aus folgender Uebersicht hervor. Italien sah im Jahre 1920: 320 000, 1921: 500 000, 1922: 600 000, 1923: 700 000, 1924: 835 000 Fremde. Nach einer vorläufigen Schätzung wird sich die letzte Zahl für das Jahr 1925 annähernd verdoppeln. Man schätzt heute die Zahl der Fremden, die Italien in diesem Jahre besuchen, auf 1 1/2 Millionen, das sind dreimal so viel Fremde als der Jahresdurchschnitt vor dem Kriege ergab.

Rußlanddebatte im Reichstag.

Aussprache über den Handelsvertrag.

Auf der gestrigen Tagesordnung des Reichstags stand die erste Beratung der deutsch-russischen Verträge vom 12. Oktober 1925.

Ministerialdirektor Dr. Wallroth betont in seinen begründenden Ausführungen, daß das nach schwierigen Verhandlungen zustande gekommene Vertragswerk eine Verwirklichung der im Rapallo-Vertrag aufgestellten Grundsätze bringen und statt der auf diesen Gebieten noch unklaren Verhältnisse zwischen beiden Ländern einen klaren Rechtsboden schaffen wolle. Die Verhandlungen seien deshalb besonders schwierig gewesen, weil ein Ausgleich zwischen zwei grundverschiedenen Wirtschaftssystemen gefunden werden mußte. Der Vertrag weiche darum von der sonst üblichen Form der Handelsverträge ab. Um der noch im Fluße befindlichen wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands gerecht werden zu können, sei die Geltungsdauer des Wirtschaftsvertrages auf nur zwei Jahre beschränkt worden. Wesentliche Fortschritte seien auf dem Gebiet des Rechtsschutzes deutscher Staatsbürger in Rußland erreicht.

Abg. Wissell (Soz.):

Wir haben es bei dem vorliegenden Vertrag nicht mit einem Handelsvertrag im üblichen Sinne zu tun, aber doch mit einem Vertrage der die Grundlage für erspriehliche Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland ebnet. Darum wird er auch von uns warm begrüßt. Wir hoffen, daß mit diesem Vertrage solchen Differenzen ein Ende gemacht wird, wie sie bei der bekannten Hausjudung in der Berliner Handelsvertretung in Erscheinung getreten sind. Es ist aber auch zu hoffen, daß die Sowjetregierung die deutschen Wünsche und Interessen aufmerksamer als bisher untersucht und die deutschen Bürger in Rußland nicht, wie es bei den beiden deutschen Studenten zum Ausdruck kam, unnützlicherweise verlegt. Wir wollen auch hoffen, daß der Außenhandel zwischen den beiden Staaten sich günstiger als bisher entwickeln wird. Freilich darf man in dieser Beziehung nicht mit zu großen Hoffnungen an diesen Vertrag herangehen. Solche Hoffnungen haben sich schon bei früheren Vertragsabschlüssen mit Rußland als Illusion herausgestellt. Leider haben die Tatsachen die Hoffnung, daß man durch den Handelsverkehr mit dem heutigen Rußland die wirtschaftliche Not bezwingen könne, zum größten Teile zunichte gemacht.

Wir Sozialdemokraten haben den Wunsch, die wirtschaftlichen Beziehungen unseres Landes zu Rußland so eng wie möglich zu gestalten, wir wünschen zum russischen Volk so freundschaftlich wie nur zu je einem anderen Volke der Welt zu stehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Freilich sehen wir in Rußland nicht die Zentrale des Weltsozialismus. Wir glauben nicht an Rußlands Mission zur sozialen Befreiung der Welt, dazu hat es mit seinem eigenen inneren Aufbauprogramm viel zu viel zu tun. Wir sind auch anderer Meinung als Frau Jettin, die neulich zu diesem Thema gesprochen hat. Wenn ich in der kommunistischen Presse lese, was da über die Hindenburg-Republik geschrieben wird, und wenn ich höre, wie hier von einer Prophelei Sowjetrußlands um ein Weltbündnis mit dieser Hindenburg-Republik geworden wird, so legt mich das in Erstaunen. Ein solches Bündnis zwischen Deutschland und Rußland mit der Spitze gegen England muß geradezu in einen Krieg hineinführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Gegensatz zwischen England und Rußland kann nicht auf die Formel gebracht werden: "Die Kapitalismus, die Sozialismus." Es muß richtig heißen: "Die englischer Imperialismus, die russischer Imperialismus." Wir wollen weder die Vordomäne des einen noch des anderen Imperialismus sein.

Wir lehnen die Abenteuerpolitik, die uns Frau Jettin empfiehlt, und wie sie auch unter Wilhelm II. nicht schlimmer getrieben worden ist, ab.

Die erste Voraussetzung eines normalen Wirtschaftsverkehrs ist das Bestehen bestimmter Rechtsgrundsätze. Wie aber die besonderen Vorrechte für deutsche Staatsangehörige und für deutsche Handelsfirmen im Vertrag zum Ausdruck kommen, sind im Verkehr zwischen modernen gleichberechtigten Staaten ungewöhnlich. Es ist zum Beispiel vorgegeben, daß Vermögenskonfiskationen auf deutsche Staatsangehörige in Rußland keine Anwendung finden. Diese Vorrechte der Ausländer im Vergleich zu einheimischen Bürgern kommen bei den Konzessionsverträgen ganz besonders zum Ausdruck. Da dadurch die gesamte im Betracht kommende russische Gesetzgebung hinsichtlich wird, genießen also deutsche Unternehmen in Rußland eine ganz privilegierte Stellung. Wegen dieser Eigenart erinnert der Vertrag an Verträge mit halb-kolonialen Ländern. Die wirtschaftlichen Beziehungen würden sich viel leichter entwickeln, wenn der ganze Apparat die Privilegien ebenso überflüssig machte, wie es im Verkehr mit anderen europäischen Staaten der Fall ist. So ausschließlich die betreffenden Teile des Vertrages auch gehalten sind, so liefern sie für den wirtschaftlichen Verkehr doch keinen vollen Erfolg für die einfache Rechtssicherheit eines modernen Kulturstaates. Solange die russische Regierung in bezug auf persönliche Freiheit und wirtschaftliche Gesetzgebung nicht von den Methoden der Diktatur und des Terrorismus zu denjenigen der Demokratie übergeht, bleiben diese für Rußland etwas schmerzlichen Teile des Vertrages notwendig. Man wird es begrüßen müssen, wenn ein innerer Wandel der politischen Situation in Rußland diese Teile des Vertrages vollständig überflüssig macht. In dieser Richtung gehen auch die Wünsche der deutschen und der russischen Sozialdemokratie.

Rußland hat sich das Außenhandelsmonopol vorbehalten. Wenn irgendeiner, so habe ich Verständnis für den Versuch, auch den Außenhandel in den Dienst des Wiederaufbaues der Wirtschaft und der Wahrung zu stellen. Rußland will durch das Außenhandelsmonopol seine Handels- und Zahlungsbilanz möglichst aktiv halten. Mit diesem Handelsmonopol hält aber auch der russische Staat dem Ausland gegenüber ein Instrument von ungeheurer wirtschaftlicher Macht in der Hand. Bisher hat Rußland zwei Handelsverträge abgeschlossen, mit Italien und mit England. Der italienische Vertrag ist bisher nicht fruchtbar gewesen, und England hat den Vertrag nicht ratifiziert. Bei dem deutschen Vertrag mußte der Versuch gemacht werden, eine

Brücke zwischen den beiden wirtschaftlichen Welten zu schlagen. Dieser Vertrag wird das Vorbild für alle anderen Verträge mit Rußland werden.

Nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern gerade als Sozialist würde ich es begrüßen, wenn bei der Durchführung dieses Vertrages das russische Handelsmonopol nicht verlegt.

Ich hoffe, daß man auf beiden Seiten nicht den Gegner, sondern den Mitarbeiter sehen wird. Bisher hat der russische Außenhandel erst einen Teil des früheren Umfangs erreicht, sehr gering ist noch der Handel mit Deutschland. Die Hauptschuld an dieser Rückständigkeit scheint das russische Handelsmonopol zu haben. Jetzt scheint man allerdings in Rußland eine Bresche in dieses Monopol schlagen zu wollen. Wir wollen hoffen, daß das auch dem deutschen Handelsverkehr mit Rußland zugute kommen wird. Trotz der Untere der deutschen Wirtschaft wird es hoffentlich möglich sein, die von Rußland gewünschten Kredite in größerem Umfange zu gewähren. Wir stoßen immer mehr und mehr auf Rußland, die im Westen gegen unseren Handelsverkehr ausgerichtet sind. Am

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Am Sonntag, den 6. Dezember 1925, abends 7 Uhr, in der Aula der Schule Mittenwalder Straße 36, spricht der Genosse R. Abramowitsch über:

„Das neue Rußland“

Parteilosen und -genossinnen sind zu diesem Vortrag herzlich eingeladen. — Unkostenbeitrag 20 Pfennig. — Arbeitsloose frei.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Oft sind die Grundbedingungen gegeben, um mit Deutschland in enge wirtschaftliche Verbindung zu treten. Rußland und Deutschland sind aufeinander angewiesen, sie müssen Hand in Hand arbeiten. In Deutschland besteht dieser Wille, wir zweifeln nicht daran, daß auch Rußland diesen Willen hat. Wir freuen uns über die durch diese Verträge gegebene Annäherung zwischen den beiden Staaten. Zur Klärung einiger Einzelfragen wird noch eine Kommissionsberatung notwendig sein, aber wir wollen hoffen, daß die Beratschlagung dieser Verträge ein einiges Haus finden wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Reichert (DnL) erklärt, daß seine Partei nicht grundsätzlich gegen das russische Außenmonopol sei, aber es habe sich bisher nicht an die Verhältnisse der Weltwirtschaft anpassen können. Die Schranken zwischen dem Produzenten und dem Verbraucher, die in Rußland durch das Außenhandelsmonopol aufgerichtet worden seien, müssen jetzt beseitigt werden. Es frage sich jetzt, wie weit Rußland in der Lage sei, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Alles in allem sei nicht zu erwarten, daß die deutsche Wirtschaft aus diesen Verträgen besonders große Vorteile ziehen werde. Die politische Bedeutung des Vertragswerkes steht für seine Partei in vorderster Linie. Die politische und wirtschaftliche Auswirkung des Vertrages, der noch in manchen Punkten der Erweiterung bedürfe, werde beide Völker einander näher bringen.

Abg. v. Raumer (D. Sp.) betont die politische Bedeutung des Abkommens. Er stellt keinen Handelsvertrag, sondern einen Wirtschaftsvertrag dar.

Abg. Stoeker (SPD) wiederholt die kommunistische Phrase, daß Deutschland durch das Abkommen von Locarno zum Landoltsch im Dienste Englands geworden sei.

Abg. Haas (Dem.) richtet an die deutsche Wirtschaft die Mahnung, sich mit dem in Rußland bestehenden Handelsmonopol abzufinden. Aber man müsse vor der Illusion warnen, als ob sich die deutschen Kaufleute nunmehr in Rußland ebenso frei betätigen könnten wie in anderen Staaten. Die von den Kommunisten befürchtete antirussische Politik werde nie durchgeführt werden, weil sie im deutschen Volke keinen Boden finde. Deutschland sei auf vertrauensvolle Beziehungen zum Osten und zum Westen angewiesen.

Abg. Graf Rosenow (Völk.) stimmt dem Abkommen zu, behauptet aber, daß der Vertrag von Locarno sich gegen Rußland richte. Unsere Ideale sind allerdings andere. (Zuruf: Sie haben gar keine Ideale Heiterkeit!) Im Ausschuss werde der Vertrag im einzelnen noch zu prüfen sein.

Abg. Dr. Wirth (3.)

gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, welche Wandlungen die Stimmung des Reichstags gegenüber dem Osten durchgemacht habe. Die Rede des Grafen v. Westarp über die Ostpolitik war in dieser Beziehung schon bemerkenswert. Daß aber ein völkischer Abgeordneter diese Gelegenheit benutzte zu einem Vorstoß gegen den Weltimperialismus, das war auch für mich eine große Ueberraschung. Wir haben ja doch an der Wiege der Rapallo-Politik gestanden. (Es kommt zu stürmischen Auseinandersetzungen.) Nach Rapallo hat ein Abgeordneter dieses Hauses in einer Zeitschrift den Satz geschrieben: „Rußland war die Ehre Deutschlands in den Händen dieses Mannes in Rapallo, — und er sprach von Raschennau — so war die Ehre Deutschlands verloren und verraten“, das hat der Abg. Henning geschrieben. Die Weltgeschichte hat ihre Ironie. (Zuruf: b. d. Völkischen: Gott der Gerechtigkeit!) Heute stellt sich Graf Rosenow hier her und verteidigt die Politik Raschennaus, die noch vor wenigen Jahren die Leute, die hinter Ihnen (zu den Völkischen) stehen, verurteilt haben. Für mich steht das historische Faktum fest, daß eine rechts orientierte Regierung nicht nur den Weg nach Locarno gegangen ist, sondern diese Politik bis zum letzten Federstrich gemacht hat. Daß das eine republikanische Politik ist, ist auch eine Ironie der Weltgeschichte. — Wir müssen nun als Mitglied des Völkerbundes — wir werden es in kurzem sein — so operieren, daß wir nicht als Späher eines gegen Rußland und den Osten gerichteten Konzerns regieren. Ein Rückgängigmachen dieses Ereignisses wäre die große Wirtschafts-

katastrophe für ganz Europa. Wir, die wir diesen Vertrag angestrebt haben, sehen es jetzt als unsere ganz besondere Aufgabe an, darüber zu wachen, daß der Eintritt in den Völkerbund nicht diejenige Wendung nimmt, die viele befürchten.“ (Abg. Henning ruft: Der Reichstag als Nachwächter!) Herr Abg. Henning, der Reichstag hat einen Nachwächter, und das sind Sie! (Stürmische Heiterkeit.) Wir werden darüber wachen und den Mittelpartien liegt die Aufgabe ob, eine Regierung zu bilden, in der die Arbeit für den Vertrag von Locarno zum Ausdruck kommt. (Zuruf: b. d. Völk.: Wie wollen Sie das machen?) Sie wissen doch ganz genau, daß Blut an Ihren Fingern klebt. (Abg. Henning (Völk.): Machen Sie sich doch nicht lächerlich!) Wir haben an den zuständigen Stellen immer auf die Wichtigkeit der Mitarbeit hingewiesen und im Auswärtigen Amt dafür auch Verständnis gefunden. So muß es auch in den nächsten Tagen in der Bildung der Regierung zum Ausdruck kommen. Wir werden uns so einstellen, daß die im Osten begonnene Politik nicht labotiert, sondern fortgeführt wird. (Beifall links.)

Damit ist die Aussprache beendet. Der Gesetzentwurf wird dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Der Vertrag mit Italien.

Es folgt die zweite Beratung des Handels- und Schiffsverkehrsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien und des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und Italien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern.

Dr. Schneider-Dresden (DnL) berichtet über die Verhandlungen der Ausschüsse, des auswärtigen und des handelspolitischen, die die Annahme der Abkommen empfehlen.

Abg. Giese (DnL) begrüßt den Abschluß des Vertrages, wenn auch dessen Inhalt seine Fraktion nicht voll befriedige. Der Redner empfiehlt eine Resolution, wonach beim Abschluß weiterer Handelsverträge die Sollsätze, die für den Weinbau im italienischen Handelsvertrag festgelegt sind, nicht herabgesetzt, und für einen ausreichenden Schutz des deutschen Obst- und Gemüsebaues Sorge getragen werden soll.

Abg. Kerp (3.) schildert den harten Kampf, den die deutschen Winzer um ihre Existenz zu führen hätten. Die bisherigen Hilfsmassnahmen, von denen Abg. Hilferding eine falsche Darstellung gegeben habe, seien ungenügend. Trotz aller Bedenken im einzelnen werde seine Partei dem Abkommen zustimmen. Der Redner polemisiert dann gegen einen Artikel des „Vorwärts“, dem er aber absolut falsche Absichten unterstellt. Es ist in keiner Zeile des betreffenden Artikels die Rede davon, daß der deutsche Weinbau keine Existenzberechtigung mehr habe, sondern nur davon, daß andere Produktionsmethoden notwendig seien.

Nach Ausführungen des Abg. Rosenberg (Komm.) wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr verlegt. Ohne Aussprache wurden die noch auf der Tagesordnung stehenden Anträge zur Lohnsteuer dem Steuerausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung stehen noch die Handelsabkommen mit Oesterreich und der Schweiz, die Anträge zur Fürstenabfindung und die dritte Beratung einiger Haushaltsk. — Schluß 7 Uhr.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt am Mittwoch zur Beratung der Handelsverträge zusammen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 64, Lindenstraße 1. Bitte an das Registrierbureau, 1. Hof, 1. Stock, rechts, an richten.

Achtung, Eisenbahner!

Der Werbeausschuss der Eisenbahner hat sich konstituiert. Die Werbearbeit im Reichsbahnbetriebe mit unser Berücksichtigung der dort herrschenden realistischen Verhältnisse außerordentlich not. Alle Eisenbahner werden ersucht, ihre Adressen diesem Ausschuss, 1. Hof, des Schriftführers Genossen Klamitzer, Berlin-Schöneberg, Apffel-Postbus-Str. 7, einzuliefern. Die Beamtungsliste.

1. Kreis Wedding, Freitag, den 4. Dezember, 7 1/2 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes mit den Funktionären der 21. Abteilung an der bekannten Stelle.
2. Kreis Prenzlauer Berg, Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde: Donnerstag, den 3. Dezember, 7 1/2 Uhr, in der Schule Obergallener Str. 12, Vortrag: „Arzt und Ziel der Arbeiterfreunde.“ Referent: Rudolf Weimann.
3. Kreis Friedrichshagen, Alle Funktionärinnen müssen in der (den) bekannt-gegebenen Sitzung am Donnerstag, den 3. Dezember, pünktlich 7 1/2 Uhr bei Wolf, Gubener Str. 19, erscheinen. Auch die Funktionärinnen der Wohlfahrt und Arbeiterfreunde.
4. Kreis Kreuzberg, Obman der Sozialistischen Eisenbahner! Donnerstag, den 3. Dezember, 7 1/2 Uhr, Sitzung bei Wolf, Grille, Ode-Wendehofstraße. Alle Abteilungen müssen vertreten sein. Interessierte Genossen lang ein- einleiten.
5. Kreis Tempelhof, Donnerstag, den 3. Dezember, 7 1/2 Uhr, in Niederfeldstraße bei Thiele, Berliner Ode-Wendehof, Kreisvorstandssitzung. Die Abteilungsleiter sind einzuliefern.
6. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, den 4. Dezember, 7 1/2 Uhr, im Friedrichshagen, Breite Str. 14, Kreisleiterkonferenzsammlung, und nicht, wie ortsüblich ansonsten: Kreisleiterkonferenzsammlung.

Heute, Mittwoch, den 2. Dezember:

1. 8 Uhr Genossenschaft, 16. Funktionärskongress.
2. 8.15. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr bei Kurt, Duden- Ode Wundehof, weitere Parteilosen, Vortragender: Theo Waret.
3. 8.15. Neukölln, Pünktlich 8 Uhr bei Wolff, Kaiser-Friedrich-Str. 173, Sitzung des Vorstandes mit den Parteiführern. Um Einleiten von hiesigen Parteiführern müssen unbedingt eine Vertretung stellen.

Morgen, Donnerstag, den 3. Dezember:

1. 7 1/2 Uhr bei Weitzer, Hausmannstr. 2, Sitzung aller Funktionäre. Des weitern sind zu dieser Sitzung auch die Gewerkschaftsanhänger bei 17. Abteilung einzuliefern.
2. 7 1/2 Uhr Sitzung des Abteilungs-Vorstandes, um 3 Uhr Sitzung der Betriebskommission, beides beim Abteilungsleiter.

Jugendsozialisten. Heute Mittwoch, findet die erste Zusammenkunft der Jugendsozialisten Weikens Platz, Jussenheim Straße, Ode-Charlottenburger Straße. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. Anfang pünktlich 7 1/2 Uhr.

Gruppe Prenzlauer Berg. Jugendsozialisten, Arbeiterfreunde, Rinderfreunde: Am Donnerstag, den 3. Dezember, 8 Uhr, im Jussenheim Breite Str. 12, Vortrag des Genossen Wierke über: „Internationale Arbeiterbewegung.“ Interessierte Genossen werden herzlich eingeladen.

Musikaufträge

überläßt man nur dem Nachweis des Deutsches Musikerverbandes, Berlin O 27, Lindenstr. 21 (Rönigkstadt 4310, 4048), Geschäftszeiten 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Preisabbau auch bei der Pneumette: Die neue Type „Volks-Pneumette“ kostet nur Mark 7.— Leiser das größte Schuh-Spezialhaus Groß-Berlins

